



Machbarkeitsanalyse zur Vorbereitung eines deutschlandweiten Bürger:innenrats, der Empfehlungen für die klimagerechte, sozial faire Ernährungswende erarbeitet und damit zum Gegenstand deliberativer (beratender) Demokratie macht

Gefördert vom Umwelt Bundesamt, Förderkennzeichen 372123V248

Autor:

Mick Petersmann

in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe des Projektes:

Gundula Oertel, Henrike Rieken (beide Ernährungsrat Berlin), Susanne von Münchhausen, Joerg Weber (beide Ernährungsrat FfM), Andreas Dilger (Ernährungsrat Freiburg), Clara Dorn, Valentin Thurn (beide Ernährungsrat Köln)

25. Februar 2022

Gliederung

I.	Zusammenfassung	1
II.	Partizipatives Projekt-Setup für die Machbarkeitsanalyse	2
III.	Erarbeitung der Themenfokussierung und einer Kernfrage für den Bürger:innenrat zur Ernährungswende	3
	III a. Themenkreise – in Verbindung mit der Leitfrage	5
	III b. Benennung von Expertisen für den Bürger:innenrat	9
	III c. Einladung von relevanten Fachleuten – Kriterien der Auswahl...	13
IV.	Recherche zu möglicher Trägerschaft (Auftraggeber:innenrolle) für den Bürger:innenrat...	13
V.	Aspekte der Durchführung des Bürger:innenrats	17
VI.	Öffentlichkeitsarbeit zu einem Bürger:innenrat	19
VII.	Wissenschaftliche Projektbegleitung zur Evaluierung	21
VIII.	Exkurs Schweizer und Wiener Beispiel	22
IX.	Ausblick	23
X.	Anhang Aufruf! Präsentation	25

Hinweis zum Sprachgebrauch

Die Machbarkeitsstudie ist in geschlechtersensibler Sprache verfasst und versucht, alle Personen unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität gleichermaßen anzusprechen und zu repräsentieren. Die Verwendung geschlechtersensibler Sprache kann geschlechterstereotypen Bildern sowie Diskriminierungen und Benachteiligungen entgegenwirken und dabei helfen, Geschlechternormen und Rollendenken zu überwinden. Es geht auch um Repräsentanz.⁽¹⁾ Und Repräsentanz ist der Bogen zum Bürger:innenrat. Denn hier wird einem „Ausschnitt der Bevölkerung“ Teilhabe ermöglicht. Wir möchten daher zur gängigen Bezeichnung im generischen Maskulinum „Bürgerrat“ eine passende Erweiterung anbieten: **Bürger:innenrat!** Wir nutzen den Doppelunkt. Er fungiert als symbolischer Platzhalter für Geschlechtsidentitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit und stört nicht den Lesefluss.

1 Geschlechtersensible Sprache – Ein Leitfaden: https://www.tu-berlin.de/fileadmin/a70100710_gleichstellung/Diversity_Allgemeines/KFG-Leitfaden_geschlechtersensible_Sprache.pdf , s. S.6

I. Zusammenfassung

Unsere Machbarkeitsanalyse für einen Bürger:innenrat Ernährungswende ist durch die Projektlaufzeit der UBA-Zuwendung begrenzt. Das Netzwerk der Ernährungsräte hat sich im Ergebnis entschlossen, das Vorhaben weiter zu verfolgen und einen entsprechenden Aufruf an den Bundestag zu richten.

Ein Bürger:innenrat ist ein neues, deliberatives Instrument des demokratischen Systems in Deutschland. Unser Bild davon ist durch folgende Merkmale bestimmt:

- Jede:r kann per Zufallsauswahl teilnehmen; losbasierte Einladung von etwa 150 Teilnehmenden, so weit als möglich entsprechend der sozio-demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung;
- Bereitstellung von sorgfältig kuratierter Expertise zum systemischen Verständnis des Gegenstandes;
- Faktenbasierte und moderierte Deliberation (Beratschlagung) von konkreten Fragestellungen;
- Konsensuale oder mehrheitliche Empfehlungen an ‚die Politik‘. (2)

Bürger:innenräte ermöglichen prinzipiell die Teilhabe aller an gesellschaftlicher Entscheidungsfindung. Sie ersetzen nicht die Partizipation von Verbänden, sondern schaffen einen vor Lobbyist:innen geschützten Raum für kollektive Deliberation.

Ein Bürger:innenrat zur Transformation unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems hat gute Chancen:

- Der Koalitionsvertrag der Regierung sieht vor, seitens des Bundestages Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen einzuberufen und sichert die Befassung mit ihren Ergebnissen zu;
- Die Umweltministerin und der Landwirtschaftsminister wollen einen grundlegenden Wandel zu einem nachhaltigen Landwirtschafts- und Ernährungssystem in Gang setzen;
- Der neue Landwirtschaftsminister erklärte in den ersten Tagen seiner Amtsführung, eine den Tierschutz sichernde faire Preisbildung für Erzeuger:innen und Konsument:innen von Fleisch zu seinem Ziel.

Ein Bürger:innenrat zum Thema ‚wahre Preise‘ unter der Fragestellung „Was ist uns unser Essen wert? – Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur“ kann einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines neuen „kulinarischen Gesellschaftsvertrages“ leisten – und Empfehlungen geben, welche Maßnahmen des Sozialausgleichs erforderlich sind, um auch Menschen mit kleinem Budget die Teilhabe zu ermöglichen.

In unseren informellen Gesprächen mit Fach- und Demokratiepolicter:innen der Regierungsfractionen haben wir Unterstützung für den Vorschlag erfahren. Wir setzen darauf, dass sie Wege und die Mehrheit des Bundestages finden, ihn als einen der ersten vom Parlament einberufenen Bürger:innenrat zu organisieren. Gerne bringen wir unsere Vorstellungen zur Durchführung dieses Experiments zur Demokratiestärkung ein.

2 MEHR DEMOKRATIE e.V. – Bürgerräte: <https://www.mehr-demokratie.de/projekte/buergerraete>

Demgegenüber schlossen wir alternative Szenarien der Durchführung eines Bürger:innenrats zur Ernährungswende schnell aus.

Einem rein zivilgesellschaftlich organisierten Rat fehlte die Legitimität, die die Befassung der Legislative mit seinen Ergebnissen garantierte.

Ein von Ministerien einberufener Bürger:innenrat könnte als Begleitung schon beschlossener Politiken missverstanden werden.

Es ist zudem eine Chance für den Bundestag, durch einen Bürger:innenrat zu erfahren, dass ein sozial gerechter Wandel des Ernährungssystems von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt wird.

II. Partizipatives Projekt-Setup für die Machbarkeitsanalyse

Das Projekt „Machbarkeitsstudie“ im Überblick:

Wann	Was
Oktober 2021	<ul style="list-style-type: none"> • Zusage UBA • Gründung einer Steuerungsgruppe • Erstes Treffen mit Interessierten aus dem Netzwerk der Ernährungsräte; Bildung Projektgruppe zur Identifikation einer Leitfrage • Sondierungspapier der Ampelkoalitionäre pro Bürgerräte • Vorschlag Bürgerrat Ernährungswende an Verhandlungsdelegationen gesandt
November 2021	<ul style="list-style-type: none"> • Online-Treffen Projekt- und Steuerungsgruppe • Entwicklung Kriterien für Thema und Leitfrage • Koalitionsvertrag sichert Befassung mit den Empfehlungen von Bürgerräten durch den Bundestag zu, die von ihm einberufen wurden
Dezember 2021	<ul style="list-style-type: none"> • Projektgruppe entscheidet sich für Thema ‚wahre Preise‘ und erste Version Leitfrage • Ansprache von Kommunikationsexpert:innen zur Verfeinerung der Leitfrage • Kontaktaufnahme mit Führungspersonen von BMUV und BMEL
Januar 2022	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerungsgruppe koordiniert Ansprache von Politiker:innen • Vorschlag Bürgerrat Ernährungswende beim Agrarkongress 2022 des BMUV vorgetragen • Erste Gespräche mit MdBs und Ministerien
Februar 2022	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzung Gespräche mit Politiker:innen • Netzwerk Treffen, Aufruf für Bürger:innenrat • Abschluss Machbarkeitsstudie

Mit dem UBA-Antrag zur Durchführung der Machbarkeitsanalyse hatte sich eine Steuerungsgruppe bestehend aus Vertreter:innen der Ernährungsräte aus Berlin, Köln, Frankfurt und Freiburg gebildet. Der Ernährungsrat für Köln und Umgebung e.V. (kurz: Ernährungsrat Köln) übernahm die rechtliche Vertretung dieser Arbeitsgemeinschaft. Nach Erhalt des Zuwendungsbescheids wurde der Autor des hier vorgelegten Berichts mit der Durchführung der Machbarkeitsanalyse beauftragt.

Die Steuerungsgruppe lud die lokalen und regionalen Mitwirkenden im bundesweiten Netzwerk der Ernährungsräte zur Mitarbeit in einer Projektgruppe „Machbarkeitsanalyse“ ein („Lasst uns Deutschland zu mehr Ernährungsdemokratie anstiften“, per Mail via Clara Dorn vom Kölner Ernährungsrat, 12.10. 2021.) Das sogenannte On-Boarding fand am 27.10. online statt.

Das Vorhaben „Bürgerrat Ernährungswende“ und der geplante Ablauf der Machbarkeitsanalyse wurden diskutiert und insbesondere ein Verfahren zur Themenfokussierung vereinbart.

Damit ergaben sich zwei Handlungsstränge: erstens die Identifikation des Themas und der Kernfrage für den vorzuschlagenden Bürger:innenrat (siehe Kapitel III – IIIc) und zweitens die Werbung von Unterstützung für das Vorhaben in ‚der Politik‘ (siehe Kapitel IV).

Die Ergebnisse der Arbeit der Projektgruppe wurden seitens der Steuerungsgruppe dem Netzwerk-Treffen der Ernährungsräte am 18./19. Februar vorgestellt, verbunden mit der Empfehlung, einen offiziellen Aufruf (siehe Anhang) für einen Bürger:innenrat an den Bundestag zu unterstützen.

III. Erarbeitung der Themenfokussierung und einer Kernfrage für den Bürger:innenrat zur Ernährungswende

Die oben genannte Projektgruppe traf sich erstmals virtuell im November 2021 zur Erörterung der Kriterien, denen eine Leitfrage für einen Bürger:innenrat genügen müsste, und der heranzuziehenden Quellen für die Identifikation von Themen. Diese Kriterien wurden auf Basis der Evaluationen (s.u.) des vom Ältestenrat des Bundestages einberufenen Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“ und ihrer Empfehlungen, sowie der unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation (3) entwickelt. Erfahrungen mit Bürgerräten namentlich in Irland und Frankreich wurden ebenfalls berücksichtigt. Es wurde ein Arbeitsprozess der Beteiligten vereinbart.

In zwei weiteren Online-Workshops einigte sich die Projektgruppe auf eine Präferenz für die Leitfrage: „Was muss passieren, damit im Preis unseres Essens die wahren Kosten für Natur- und Tierschutz sowie faire Löhne enthalten sind und wie machen wir diese Preise für alle bezahlbar?“

Als letzter Schritt wurde vereinbart, Kommunikationsprofis anzufragen, diese Leitfrage prägnanter zu formulieren. Im Briefing heißt es:

„Wir haben uns dafür entschieden, den Parlamentarier:innen ‚wahre Preise‘ als Thema eines Bürgerrats vorzuschlagen. Wir haben im Koalitionsvertrag manche Empfehlung der Zukunftskommission Landwirtschaft und auch Aspekte von Ernährungsstrategien

3 Evaluation des "BÜRGERRATS DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT": <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/fileadmin/downloads/evaluationsbericht-buergerrat-deutschlands-rolle.pdf>, S.44ff)

wiedergefunden, an deren Erarbeitung wir als Ernährungsräte beteiligt waren. Wir vertrauen darauf, dass ein demokratisch legitimierter Bürger:innenrat über die Politikempfehlungen derartiger Verbände-Partizipation hinausgehen kann.

Die Leitfrage des Bürger:innenrats knüpft an die parlamentarische Willensbildung an; sie soll darüber hinaus einer transformativen Logik folgen. Einerseits kennen wir die Scheu vieler Politiker:innen, dem Wahlvolk ungeschminkt mitzuteilen, dass bisherige Politiken zu immensen gesellschaftlichen Kosten -lokal wie global- und zur Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit führen. Andererseits setzen wir darauf, dass ein urteilsfähiger, weil gut informierter Bürgerrat, Mut für eine wirkliche Ernährungswende macht.“

Noch im alten Jahr erhielten wir Vorschläge von Oliver Lehnen, einem der Geschäftsführer der Düsseldorfer Kreativ Agentur BUTTER. Mit einem von ihnen arbeiteten wir unmittelbar weiter:

„Was ist uns gutes Essen wert? Die gesellschaftspolitische Frage zum Wohl von Menschen, Tier und Natur.“

Nach Gesprächen mit weiteren Kommunikationsexpert:innen verständigte sich die Steuerungsgruppe schließlich auf die folgende Fassung:

**„Was ist uns unser Essen wert?
Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur.“**

Schon wenige Tage später entfachte der neue Landwirtschaftsminister Cem Özdemir eine breit aufgegriffene Debatte mit der Ankündigung, Ramschpreise (unter Produktionskostenniveau) verbieten zu wollen. In manchen Medien wurden dabei Ideologeme aus den 80iger Jahren bemüht, als könnten die akuten Krisen von Landwirtschaft, von Klima und Artenvielfalt, von falscher und Mangelernährung durch die irreführende Gegenüberstellung von freiem Markt und zentraler Preissetzung bewältigt werden. Die ZEIT⁴ zeigte in ihrer Online-Ausgabe einige der systemischen Zusammenhänge auf.

Die dort gestellten Fragen im Überblick:

- Wie will Özdemir Niedrigpreise verhindern?
- Wird Bio das neue Normal?
- Wie stark könnten die Preise steigen?
- Plant die Ampel einen Sozialausgleich für die steigenden Lebensmittelpreise?
- Sind das Problem nicht eher die Lebensmittelkonzerne, die den Bauern die Preise diktieren?
- Muss ein verpflichtendes Tierwohllabel nicht EU-weit geregelt werden?
- Was ist mit Billigimporten?

⁴ Teurer essen, 27.12.2021, ZEIT ONLINE: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-12/cem-oezdemir-lebensmittelpreise-landwirtschaftsminister-ernaehrung>

Uns hat dies in zweifacher Hinsicht klar bestärkt: In unserer - zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossenen - Identifikation der vorzuschlagenden Leitfrage und ebenso in der Absicht, diese Debatte im öffentlichen Auftrag und in einem Format der „deliberativen Demokratie“ fortführen zu lassen.

Um so die „heiße Kartoffel“ Preiswahrheit mit kühlem Kopf auf den demokratischen Konferenztisch zu bringen. Immerhin ist die Preisfrage bei Lebensmitteln ein Thema, das die Bürger:innen täglich betrifft. Gleichzeitig wirft es Systemfragen auf, zu denen es inzwischen eine Vielzahl von Forschungsergebnissen gibt. Eine Frage, die den unlösbaren Zusammenhang von Nachhaltigkeitsorientierung und sozialer Umverteilung aufzeigt und deren - mit der demokratischen Legitimität eines Bürgerrats einhergehende - Beantwortung dem Bundestag neue Horizonte aufzeigen könnte.

III a. Themenkreise – in Verbindung mit der Leitfrage

Wir stellen uns vor, dass die Leitfrage zur Bearbeitung einer Reihe von verbundenen Themen führt (die wir hier zunächst noch ohne Rangfolge und Anspruch auf Vollständigkeit vorschlagen):

1. Einführung in die Preisfrage:

Wie kommen Preise zustande, wer und was bestimmt sie, was enthalten sie und was nicht? Wer soll, wer kann sie bezahlen? Was kennzeichnet die gegenwärtige Preisbildung und das daraus folgende Preisgefüge im Agrar- und Lebensmittelmarkt? Welche gesetzgeberischen Mittel gibt es, welche werden tatsächlich angewandt und wo und wie müssten Gesetze zur Preisbildung ansetzen, wenn sie ökologisch und sozial nachhaltige und dabei auch noch gemeinwohlorientierte Lenkungswirkungen haben sollen? Wie können die sozialen und ökologischen Kosten derart reduziert werden, dass sich dies in den Preisen widerspiegelt?

2. Faire Preise, fairer Wettbewerb

Die Ampelkoalition will einen fairen Wettbewerb mit fairen Preisen im Lebensmittelmarkt unterstützen, gegen unfaire Handelspraktiken vorgehen und prüfen, ob der Verkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten unterbunden werden kann. Was kann hierbei auf nationaler Ebene sofort verändert werden? Welche politischen Weichen lassen sich mit bzw. nach der Evaluierung des Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetz stellen?

Landwirt:innen erhalten keine kostendeckenden Preise für ihre Produkte; viele sehen sich gezwungen, ihren Hof aufzugeben. Prekäre Beschäftigung in Landwirtschaft und Ernährungsindustrie lässt sich nicht beenden, solange sich nichts an der Preisbildung ändert. Auch gemeinwohlorientierte Unternehmen können durch den aggressiven Preisdruck von oben nach unten nur schwer faire Preise und faire Löhne zahlen. Niedrigpreise setzen Anreize für den Konsum von Fleisch und kalorienreichen Lebensmitteln, statt von nährstoffreichem und hochwertigem Essen.

Wie erreichen wir faire Preise für Landwirt:innen, lokal wie global (Fokus Erzeugung; aber auch Verarbeitung, d.h. Handwerk). Wie stellen wir sicher, dass existenzsichernde und faire Löhne in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelkette (lokal wie global) ein nicht-verhandelbarer Preisbestandteil in Lieferbeziehungen werden?

Wie sorgen wir für eine ökologisch und sozial angemessen gewichtete Preisbildung, die von unten nach oben gerecht stattfindet? Wie leiten wir den nötigen Paradigmenwechsel ein und sorgen für den politischen Durchbruch, der Landwirt:innen ermutigt, ihren Betrieb umzubauen, um Umwelt-, Klima- und Tierschutz stärker Rechnung zu tragen?

Wie könnte eine gesetzliche Regelung dazu aussehen, die nicht mit dem europäischen Binnenmarkt kollidiert, weil sie den Zugang zum deutschen Markt für Landwirt:innen oder Ernährungsindustrie aus anderen europäischen Mitgliedsstaaten beschränkt?

Wie kann ein Ausweichen auf Importe aus der EU oder aus Drittländern vermieden werden, so dass die kostendeckende Preise für Landwirt:innen nicht umgangen werden?

Wie kann auf europäischer Ebene ein Marktgleichgewicht und ein Abbau von strukturellen Überschüssen in einzelnen Produktmärkten erreicht werden, um stabile, kostendeckende Preise für Landwirt:innen zu befördern und negative Auswirkungen auf kleinbäuerliche Produzenten im globalen Süden zu verhindern?

Wie kann das strukturelle Marktungleichgewicht beseitigt werden, das zu ungerechten Preisen und zum Abwälzen von gesellschaftlichen Kosten führt? (Sektoregulierung, Kartellrecht)

3. Preistransparenz

Die im Mai 2021 vom Bundestag beschlossene **Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle** erhebt die notwendigen Daten und macht sie öffentlich zugänglich. Betroffene in der Lebensmittelkette (lokal und global) können dort unfaire Preise und andere unfaire Handelspraktiken melden. Damit wird auch die Kommunikation für verändertes Preisbewusstsein und eine nachhaltiger geprägte Preissensibilität bei den Konsument:innen unterstützt. Aber: Wie wird erreicht, dass der Handel keine Verkaufspreise für Lebensmittel mehr kalkulieren darf, die unter den Produktionskosten in der Lebensmittelkette liegen? Und wie wird dafür gesorgt, dass die Einkäufer:innen der Unternehmen gesetzliche Regeln nicht umgehen und Lieferant:innen vor ihren Forderungen nach einer Offenlegung der Produktionskosten geschützt werden?

4. Ökologisch wahre Preise

Was kostet ein Schnitzel wirklich? Egal, ob vom Schwein oder vom Sellerie- Wie erreichen wir, dass gesellschaftliche Kosten der Lebensmittelproduktion zu Lasten der Verursachenden gehen, nicht zu Lasten der Allgemeinheit?

Welche ökologischen Standards sind erforderlich, um den Verlust an Biodiversität über und unter der Erde umzukehren und schädliche Wirkungen /Emissionen auf Boden, Luft (Klima) und Wasser zu vermeiden?

Wie kann die Vermeidung dieser schädlichen ökologischen und gesundheitlichen Wirkungen mit einer artgerechten Tierhaltung im Einklang gebracht werden?

Welche ökonomischen Folgen werden daraus für die verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette prognostiziert?

Wie lassen sich die vom Lebensmittelsystem erzeugten ökologischen und daraus resultierenden gesundheitlichen Schäden messen und als gesellschaftliche Kosten einkalkulieren?

Wie lassen sich ökologisch wahre Preise konkret auf Produkte bezogen durchsetzen?

5. Sozial abgefederte Preiswahrheit

Welche sozialen Probleme sind dem gegenwärtigen Ernährungssystem auf den Stufen der Wertschöpfungskette bis hin zum/zur Verbraucher:in inhärent?

Welche Sozial- und Menschenrechtsstandards werden für erforderlich gehalten und wie werden ihre ökonomischen Folgen für die diversen Stakeholder prognostiziert?

Was muss getan werden, ggf. gesetzlich gefasst werden, um existenzsichernde und faire Löhne (und Arbeitsbedingungen sowie -umgebungen) für Arbeit in der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion (lokal und global) sowie im Handel zu garantieren? Und wie müsste ein sozialer Ausgleich für Geringverdienende und Beziehende von Transferleistungen aussehen? Was muss für die Entwicklung des ländlichen Raums getan werden, damit er für Jungbäuer:innen auch wirtschaftlich wieder attraktiv und die Landflucht beendet/umgekehrt wird?

Wie setzen wir faire finanzielle Rahmenbedingungen und Einkommen für Gründer:innen und junge Menschen durch, die als Garanten für unser aller nachhaltige Nahrungssicherheit in die Landwirtschaft einsteigen wollen oder nachfolgen?

6. Wahrhaft solidarische Preise

Wie tragen solidarische Wirtschaftsweisen wie Regionalwert AGs, SoLaWis oder „Genuss-Genossenschaften“ zu nachhaltigen, gemeinwohlorientierten Kosten-, Lohn- und Preisgefügen bei? Was können wir von diesen Pionier:innen in der Entwicklung des Ökolandbaus, von SoLaWis, Regionalwert AGs und Genossenschaften auf den Stufen der Wertschöpfung bis hin zu Wir-Läden lernen? Wie können wir solchen Initiativen, die „preiswert“ (nicht billig) an die Stelle von „individuell profitabel“ setzen, Vorschub leisten und sie zum „Goldstandard“ der Wandlungsfähigkeit unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystem ausbauen? Wie vermeiden wir preisrelevante Anreize für die Verschwendung von Lebensmitteln im gesamten Wertschöpfungskreislauf vom Acker bis zum Teller?

7. Was ist uns Nahrungssicherheit wert?

Wie können wir dafür sorgen, dass ein gemeinwohlorientiertes und bäuerliches Saatgutssystem, dass die nötige Agrobiodiversität für unsere lokale Nahrungssicherheit trotz Klimakrise und Insektensterben garantiert, dauerhaft öffentlich finanziert wird? Wie können gesetzlich garantierte öffentliche Fördergelder dafür sorgen, dass ökologisch nachhaltige Züchtungen faire Marktchancen haben? Wie begrenzen wir die Marktmacht der Saatgutkonzerne auf diesem Gebiet?

8. Was ist welchen Preis wert? Wer profitiert auf wessen Kosten?

Welche Einkommen und Margen werden auf welcher Stufe der Wertschöpfungsketten von Lebensmittelerzeugung, -verarbeitung, -handel generiert? Welche Trends (Anteile an der Wertschöpfung) sind sichtbar? Wie entwickeln sich die sozioökonomischen Strukturen (von Eigentum an Boden bis zum Handel)? Welche Rolle spielen Einkommen aus staatlichen Subventionen/Förderungen auf welchen Stufen der Wertschöpfung?

Wie begegnen wir der Erzählung vom "sozial begründbaren Anspruch" auf niedrige Lebensmittelpreise? Und wie ändern wir wirksam ihre materielle Grundlage?

Was muss an dem System geändert werden, dass die Ansammlung größter Vermögen ermöglicht,

- ohne für gesellschaftliche Kosten durch Schäden an Gemeingütern aufzukommen,
- durch unfairen Preisdruck auf die Erzeuger:innenpreise, unfair behandelte Leiharbeiter:innen und Saisonkräfte (lokal und global) und
- trotz teils extrem niedriger Verbraucher:innenpreise und dazu
- auf der Basis von steuerfinanzierten Subventionen für landwirtschaftliche Produkte?

9. Bodenpreise und der Missbrauch von Marktmacht

Welche regulatorischen Instrumente stehen dem Staat zur Verfügung bzw. müssen geschärft werden, um eine sozialgerechtere Bodenbesitzverteilung zu erreichen und der Ausbildung und Nutzung von gemeinwohlschädigender Marktmacht auf den verschiedenen Stufen der Wertschöpfung zu begegnen?

Wie begegnen wir der „Landnahme“ durch aggressiven Preisdruck seitens Agrarholdings (Bodenpreise im Landkauf, Share Deals) und Handel (Discounterzeuger:innenpreise, Discountkonsumpreise).

10. Wer unterbietet wen? Ruinöse Preise als Marketinginstrument

Welche Erzählung soll an die Stelle treten "Lebensmittel müssten kontinuierlich billiger werden" oder anders gesagt: Kann die „Schweinebauchwerbung“ verboten werden, die Verbraucher:innen in die Irre führt? Lässt sich die Verbreitung der Mär von der Folgenlosigkeit von Niedrigpreisen unterbinden? Auch, weil sie gezielt den Konsum von Fleisch und kalorienreichen, statt nährstoffreichen Lebensmitteln anzuheizen versucht? Was kann uns das Beispiel Preisbildung für Molkereiprodukte im „System Milch“ (subventionierte industrielle Milchviehhaltung) dabei lehren?

11. Europäische und globale Preisbeziehungen

Wie wirken die globalen Verflechtungen (Importe/Exporte) auf den verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette?

Wie kann Politikkohärenz sichergestellt werden, die negative Auswirkungen auf kleinbäuerliche Produzent:innen und Arbeiter:innen vermeidet?

Wie kann die sozial-ökologische Transformation in Deutschland durch die Entwicklung europaweiter Politiken und globale Standardentwicklung und Handelspolitiken geschützt werden?

III b. Expertisen für den Bürger:innenrat (aus Praxis, Wissenschaft und Forschung, Beratung sowie NGO)

Für die Identifikation der Leitfrage für den Bürger:innenrat in Deutschland hat die Projektgruppe eine Vielzahl von Studien und Publikationen herangezogen, die im Folgenden aufgelistet werden (grob vom Allgemeinen zum Besonderen sortiert).

Daraus ergeben sich auch Anknüpfungspunkte für die Einladung von Fachleuten zur praxisnahen und wissenschaftlich fundierten Beratung des Bürgerrats.

Bürgerräte – Demokratie

Bericht der Verwaltung des deutschen Bundestages zum vom Ältestenrat 2020/21 veranstalteten Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ mit Empfehlungen für zukünftige Bürgerräte:

https://www.bundestag.de/resource/blob/843002/124daf3bdbbc588044ea07052d7ec7e72/kw20_buergerrat_bericht_pdf-data.pdf

Website von Mehr Demokratie e.V. informiert vielfältig über das Konzept (internationaler) Erfahrungen mit Bürgerräten – ständig aktualisiert <https://www.mehr-demokratie.de/projekte/buergerraete>

Leitfaden der OECD zu Formen der Verbindung von Bürgerräten mit repräsentativer und direkter Demokratie: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/buergerraete-dauerhaft-nutzen/>

„Auf der deliberativen Welle reiten? Anmerkungen zur Karriere von Losverfahren in der Bürgerbeteiligung“, kritische Würdigung von Roland Roth: <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/beitraege-themenschwerpunkte/einzelansicht-beitraege-themenschwerpunkte/article/auf-der-deliberativen-welle-reiten-anmerkungen-zur-karriere-von-losverfahren-in-der-buergerbeteilig/> -

„Demokratie in der Krise - Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie“, Studie von Prof. Nida-Rümelin zu einer Meinungsumfrage von policy matters, Oktober 2021 im Auftrag der Körber-Stiftung: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_lebendige-buergergesellschaft/pdf/2021/Demokratie_in_der_Krise.pdf -

David Van Reybrouk, Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist, dt. Ausgabe, Wallstein Verlag, 2016 – provokant ausgehend vom aktuell diagnostizierten „demokratischen Ermüdungssyndrom“ zeichnet Reybrouk die Geschichte von Bürgerräten von der Antike, über italienische Renaissancestädte bis zum ständigen Bürgerrat im deutschsprachigen Teil Belgiens nach; umfangreiche Bibliographie zum Thema.

Planetary Health

Safeguarding human health in the Anthropocene epoch: report of The Rockefeller Foundation–Lancet Commission on planetary health:

<https://www.thelancet.com/infographics/planetary-health> Gesamter Report und Materialien

Lancet Countdown / resources and materials:

<https://www.lancetcountdown.org/resources/> mit Länderberichten, z.B. Policy Brief für Deutschland 2020, Dezember 2020

Farm-to-Fork-Strategy

Farm to Fork strategy: for a fair, healthy and environmentally-friendly food system:
https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/actions-being-taken-eu/farm-fork_en

WBAE-Gutachten

Politik für eine nachhaltigere Ernährung. Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten, Juni 2020:
<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf;jsessionid=5E5A4238FA7CB37D1497A37C5954B5B6.live831?blob=publicationFile&v=3>

Zukunftskommission Landwirtschaft

Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft, Juni 2021
<https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf;jsessionid=CEFD3DDC742022F89D2EB61BFB3883C1.live831?blob=publicationFile&v=13>

Pressemitteilung, 30.06.2021: Deutsche Umwelthilfe: Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft: Deutsche Umwelthilfe sieht Chance zum Ausstieg aus exportorientierter Landwirtschaft und Massentierhaltung verpasst:
<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bericht-der-zukunftskommission-landwirtschaft-deutsche-umwelthilfe-sieht-chance-zum-ausstieg-aus-ex/>

Pressemitteilung, 25.11.2021, foodwatch: „Weiter so“ mit dem krankem Agrarsystem: foodwatch kritisiert Zukunftskommission Landwirtschaft und Koalitionsvertrag
<https://www.foodwatch.org/de/pressemitteilungen/2021/weiter-so-mit-dem-krankem-agrarsystem-foodwatch-kritisiert-zukunftskommission-landwirtschaft-und-koalitionsvertrag/>

Thilo Bode zum 20jährigen Jubiläum von foodwatch:
<https://www.youtube.com/watch?v=xgN-2cgaF14>

Bürgerrat Klima 2021

Gutachten: Bürgerrat Klima zu der Frage: Wie kann Deutschland die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen - unter Berücksichtigung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Gesichtspunkte? Vgl. Kapitel zum Handlungsfeld Ernährung, S. 60-68 <https://buergerrat-klima.de/ergebnisse-gutachten>

Cop26 Glasgow-Erklärung „Ernährung und Klima“

Diese Erklärung vereinigt Lokalregierungen aller Art und Größe – von Klein- und Mittelstädten bis hin zu Metropolen, Kreis- und Regionalregierungen, Territorien, Bundesländern und Provinzen –, die mit einer Stimme sprechen und sich erneut verpflichten, eine nachhaltige Ernährungspolitik zu entwickeln, Mechanismen für gemeinsames Handeln zu fördern und die nationalen Regierungen aufzufordern, Ernährung und Landwirtschaft in den Mittelpunkt der globalen Antwort auf den Klimanotstand zu stellen. THE GLASGOW FOOD AND CLIMATE DECLARATION: <https://www.glasgowdeclaration.org/>

Sustainable Development Solutions Network Germany

Naturschutzpolitischer Aufbruch jetzt: Für ein Jahrzehnt des naturschutzbasierten Klimaschutzes und der Biodiversitätspolitik, Orientierungspapier Biodiversität für die Koalitionsverhandlungen – Oktober 2021:

<https://www.sdsngermany.de/publikationen/naturschutzpolitischer-aufbruch-jetzt-fuer-ein-jahrzehnt-des-naturschutzbasierten-klimaschutzes-und-der-biodiversitaetspolitik/>

„Wahre Preise“

Dr. Tobias Gaugler, Uni Augsburg/Uni Greifswald im „Nationalen Dialog: „Wege zu nachhaltigen Ernährungssystemen – Ein deutscher Beitrag für den UN Food Systems Summit 2021“:

https://www.ble.de/SharedDocs/Downloads/DE/BLE/UNFSS/1-Gaugler.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Der wahre Preis billiger Lebensmittel; Penny - Ankündigung seines Demo-Lebensmittelladens: <https://www.rewe-group.com/de/presse-und-medien/newsroom/stories/penny-zeichnet-wahre-kosten-bei-lebensmitteln-aus-was-kostet-die-wurst/>

True cost accounting im internationalen Kontext, Forschung des ThinkTanks Sustainability (TMG): <https://tmg-thinktank.com/programmes/food-systems#true-cost-accounting>

Der wahre Preis unserer Milch: Eine ganzheitliche Betrachtung der wahren Kosten am Beispiel der wesensgemäßen Milchviehhaltung: <https://orgprints.org/id/eprint/42951/>

Versuch die Nachhaltigkeitsrisiken der Landwirtschaft zu beziffern: soil&more im Auftrag der GLS-Bank: https://www.gls.de/media/PDF/Broschueren/GLS_Bank/Studien/Soil_More_Nachhaltigkeitsrisiken_fuer_die_deutsche_Landwirtschaft210201.pdf

The hidden costs of UK food, Juli 2019, Britische Studie von Jan Fitzpatrick et al., kommt zu erheblich höheren externalisierten Kosten: <https://sustainablefoodtrust.org/wp-content/uploads/2013/04/Website-Version-The-Hidden-Cost-of-UK-Food.pdf>

Thesen zur Gewährleistung eines Level Playing-Field im internationalen Wettbewerb, Achim Spiller, Gesa Busch, Stefan Tangermann:
<https://agrardebatten.de/agrarzukunft/faire-spielregeln-fuer-eine-nachhaltige-deutsche-landwirtschaft/> und
<https://agrardebatten.files.wordpress.com/2021/02/levelplayingfield-tabelle-2.pdf>

Bundesinformationszentrum Landwirtschaft: Was kosten Lebensmittel in anderen Ländern? <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaft-verstehen/wie-funktioniert-landwirtschaft-heute/was-kosten-lebensmittel-in-anderen-laendern>

Die wahren Kosten unserer Lebensmittel: Wir müssen über Lebensmittelpreise reden!
<https://www.oxfam.de/blog/lebensmittelpreise> und
<https://www.oxfam.de/kontakt/marita-wiggerthale>

Positionspapier Welternährung 2030 - 11 Schritte für eine Zukunft ohne Hunger:
https://www.oxfam.de/system/files/documents/positionspapier_welternaehrung_2030_0.pdf

Der kritische Agrarbericht 2022 zum Schwerpunktthema Preis Werte Lebensmittel, hrsg. vom Agrarbündnis e.V.: <https://www.kritischer-agrarbericht.de/2022.411.0.html>

Alternativen - Reallabore

EU-Forschungsprojekt "FOODdiverse" - Multilevel perspectives on transforming local food systems across Europe: <https://foodiverse.eu/>

Klimaschutz und soziale Fragen/Aktuelles

Offener Brief des Rats für nachhaltige Entwicklung an die Koalitionsverhandler, 13. Oktober 2021: <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuelles/offener-brief-den-weg-in-eine-nachhaltige-zukunft-frei-machen/>

Ohne Bewusstsein für agrarsoziale Fragen kann der anstehende Transformationsprozess nicht gelingen:
<https://www.hohebuch.de/presseberichte/bauernwerk/arbeitskreis-agrarpolitik/soziale-situation-auf-den-hoefen-bei-der-transformation-der-landwirtschaft-staerker-beachten/>

Prof. Claudia Kempfert, DIW zu CO₂-Steuer, Klima und Grundeinkommen:
<https://www.mein-grundeinkommen.de/magazin/wer-soll-fuers-klima-zahlen>

Prof. Hans Joachim Schellenhuber, anlässlich der Koalitionsverhandlungen zu Bürgerräten, sozialem Ausgleich u.a. <https://taz.de/Klimaforscher-ueber-Ampel-Verhandlungen/!5807273/>

Sozialpolitische Vorbehalte gegen einen CO₂-Preis sind verfehlt. Es kommt darauf an, was man mit dem Erlös macht. Plädoyer für einen sozialen Kompensationsmechanismus: Ockenfels, Axel/Edenhofer, Ottmar (2021): Die deutsche Ampel und das Weltklima, in: FAZ, Nr. 288, vom 10.12.2021, S.16

Fleisch: Die Kritik am Konsum des scheinbar selbstverständlichen Grundnahrungsmittels Fleisch hat zugenommen. Neben gesundheitlichen Aspekten stehen vor allem die Auswirkungen der industriellen Fleischproduktion auf Tierschutz, Klima und Artenvielfalt im Mittelpunkt. Der tatsächliche Wandel hin zu Nachhaltigkeit in der Fleischwirtschaft erweist sich jedoch als zäh.
<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/344842/fleisch>

III c. Einladung von relevanten Fachleuten - Kriterien der Auswahl

In der Evaluation des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“ wird kritisch festgestellt, dass nicht alle Expert:innen in der Lage waren, ihren Vortrag auf Teilnehmende eines Bürgerrats zuzuschneiden, d.h. verständlich für die Zielgruppe zu machen.

Das hier zugrundeliegende Verständnis von Expert:innen ist daher Folgendes:

Expert:innen werden in diesem Zusammenhang von der gesellschaftlichen Funktion her bestimmt. Zur Expert:innenrolle gehört insbesondere die aktuelle und aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen – mit der dafür erforderlichen Sozialkompetenz.

Expert:innen sind also Personen, die aufgrund umfangreicher Erfahrung über bereichsspezifisches Wissen/Können verfügen. Wobei „bereichsspezifisch“ als Auswahlkriterium bedeuten soll, dass die ausgewählten Fachleute sich im aktuellen Diskurs um die nachhaltige Transformation unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems auskennen. Und dass sie sich in der Frage nach der Hebelwirkung von Preisen in diesem System nachvollziehbar positioniert haben.

Für uns besonders wichtig: Expert:innen müssen die Fähigkeit mitbringen, die für die hier gemeinten Zwecke relevanten Inhalte ihres Fachgebiets so aufbereitet zu präsentieren, dass alle Mitglieder des Bürger:innenrats sie verstehen können: Es sind also nicht nur erfahrene Praktiker:innen und Wissenschaftler:innen gefragt, sondern zugleich bekanntermaßen talentierte Wissensvermittler:innen! Womit z.B. auch aus den Medien bekannte Wissenschaftsjournalist:innen in Betracht kommen.

IV. Recherche zu möglicher Trägerschaft (Auftraggeber:innenrolle) für den Bürger:innenrat

Der Start der Machbarkeitsanalyse fiel mit dem Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP zusammen. Wir wandten uns unmittelbar mit dem Vorschlag, einen „Bürgerrat Ernährungswende“ in den Koalitionsvertrag aufzunehmen, an Fachpolitiker:innen der drei Fraktionen.

Anschließend veröffentlichten die Ampelkoalitionär:innen ihr **Sondierungspapier** (15.10.2021), das uns hoffnungsfroh in Bezug auf unser Vorhaben stimmte:

„Demokratie lebt von Vertrauen in alle staatlichen Institutionen und Verfassungsorgane. Wir werden daher das Parlament als Ort der Debatte und der Gesetzgebung stärken. Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue Formen des Bürgerdialogs, wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben.“ (5)

Diese Ankündigung wurde im Demokratiekapitel des Koalitionsvertrages (29.11. 2021) konkretisiert: „Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten. Eine Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.“ (6)

5 Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP:
<https://www.tagesspiegel.de/downloads/27709590/1/sonderungspapier-15-10-21.pdf>, S.2

6 Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition aus SPD, Grüne und FDP für die Wahlperiode 2021–2025: <https://fragdenstaat.de/dokumente/142083-koalitionsvertrag-2021-2025/>. Zeile 212ff

Die Sorge, dass es Empfehlungen des von uns angestrebten Bürger:innenrats ‚Ernährungswende‘ ähnlich ergehen könnte, wie denen des allein zivilgesellschaftlich getragenen Bürgerrats ‚Klimapolitik‘ (2021) – (‚ein non-paper in den Augen des Bundestages‘, hatte ein Beteiligter gewarnt) – war damit entschärft.

Die Steuerungsgruppe der Machbarkeitsanalyse sah sich auch in ihrer Präferenz bestärkt, dem **Bundestag** die Einberufung des Bürgerrats vorzuschlagen, im Unterschied zu Institutionen der Exekutive, wie Ministerien. Die Berücksichtigung von Empfehlungen eines Bürgerrats in der Gesetzgebung ist wahrscheinlicher, wenn dessen Rat vom Bundestag ausdrücklich eingeladen wurde. Die Möglichkeit, auf Gesetzgebung Einfluss zu nehmen, scheint uns ein zentraler Aspekt - zumal direktdemokratische Verfahren, wie Volksabstimmungen, in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sind.

Nachdem die Ampelkoalition Ende November/Anfang Dezember stand, suchten der Autor der Machbarkeitsanalyse und die Steuerungsgruppe direkten Kontakt zu zuständigen Politiker:innen. Dabei wandten wir uns zunächst an die gerade benannten Führungspersonen von BMUV, BMEL und BMWK, um herauszufinden, wer unseren Vorschlag unterstützt und auf welchem Wege er am besten in den Bundestag eingebracht werden könnte. Nachdem im Januar 2022 dann auch die Besetzung der Ausschüsse des Bundestages bekannt wurde, konnten Vertreter:innen der Steuerungsgruppe und der Autor der Studie mit einer Reihe von Fachpolitiker:innen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, sowie später auch den demokratiepolitisch Zuständigen der Fraktionen über das aussichtsreichste Vorgehen beraten.

Wir nutzten die Einladung zum Agrarkongress des BMUV am 18. Januar 2022, um erste Resonanz auf unseren Vorschlag zu erhalten. Gundula Oertel stellte für das Netzwerk der Ernährungsräte unsere Idee dort vor. In der Diskussion war die Reaktion darauf positiv, insbesondere MdB Renate Künast als auch Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, signalisierten ihre Zustimmung explizit.

Unsere Anfragen für informelle Gespräche zu unserem Vorschlag wurden von Fachpolitiker:innen der Fraktionen der Grünen und SPD angenommen, darunter ihren ernährungspolitischen Sprecher:innen MdB Künast (Die Grünen) und MdB Mittag (SPD). Von beiden Fraktionen wurde uns im Ergebnis der Gespräche zugesichert, dass der Vorschlag zu einem Bürgerrat ‚wahre Preise‘ in den Ende Februar/Anfang März stattfindenden Fraktionsklausuren zur Planung ihrer Arbeitsvorhaben für den Bundestagsausschuss Ernährung und Landwirtschaft aufgenommen würde.

Seitens des ernährungspolitischen Sprechers der FDP erhielten wir bis zum Abschluss der Machbarkeitsanalyse keine Reaktion.

In den Gesprächen ging es immer wieder um die Notwendigkeit Bürger:innen Möglichkeiten zu geben, in der Politik Gehör zu finden. Ein Bürger:innenrat zum Thema ‚Unser Essen und sein Preis‘ bietet sich besonders an, um der Entfremdung von Bürger:innen vom Politikbetrieb entgegenzuwirken. Zu Essen/Lebensmitteln haben alle eine Meinung. Das sind zunächst individuelle Auffassungen, die im Bürger:innenrat auf Basis von wissenschaftlichem Input in eine moderierte, kollektive Beratung eingebracht werden. Meinungen werden vorgetragen, verstanden, geprüft, verworfen und es entsteht in der Erörterung von Empfehlungen an die politischen Entscheider:innen ein stärker kollektives Verständnis zur Interessen ausgleichenden Regelung gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Auch internationale Erfahrungen mit Bürger:innenräten legen die Einschätzung nahe, dass gewählten Parlamenten damit neue Horizonte eröffnet wurden, siehe zum Beispiel den Klima-Bürgerrat in Frankreich 2019/2020 oder irische Bürgerräte, die in verfassungsändernde Referenden mündeten, zu so umstrittenen Themen wie der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Abtreibung. Die Sorge, dass Bürger:innenräte Stolpersteine für die sozialökologische Transformation darstellten, scheint uns danach eher unbegründet.

Eine Studie des gemeinnützigen internationalen Vereins ‚More in Common‘, die sich mit dem Spannungsverhältnis von Klimaschutz und gesellschaftlichem Zusammenhalt befasst, kommt auf Basis repräsentativer Befragungen und von Fokusgruppengesprächen in unserem Zusammenhang zu bemerkenswerten Erkenntnissen:

- Es dominiere „das (unterschwellige) Bedürfnis nach einem kollektiven Impuls, den man nicht allein leisten kann“ (S. 18);
- „In Sachen eines gerechten Klimaschutzes ist es – darauf deuten unsere Fokusgruppen hin – oftmals das „Kleinteilige“ einer vorsichtigen und als inkonsequent wahrgenommenen Politik, die in den Augen der Menschen zu Schieflagen führt, weil dann nämlich die einzelnen Teilpolitiken „nicht zu Ende gedacht“ seien und Unwucht entfalten würden. Gerade für Gruppen, deren Interessen aus Sicht der Bevölkerung derzeit noch zu wenig in der Klimapolitik berücksichtigt werden – allen voran ärmere Menschen und einfache Arbeitnehmer –, wünscht man sich eine Politik, die Risiken aktiv angeht und in einem erkennbaren Politikansatz auflöst. (S. 27)
- „66 Prozent aller Menschen sind für „Vorschriften und Regeln“, damit die Einzelnen genug für den Klimaschutz tun. Die Logik dahinter ist laut unseren Forschungsgesprächen eine zweifache: Zum einen steigt so die Sicherheit, dass sich niemand seiner Verantwortung entzieht. Zum anderen fühlt man sich teils auch selbst durch Regeln entlastet – sie bieten Orientierung bei Entscheidungen, die im Alltag schnell überfordern können. Hierzu sei aber gesagt, dass die Bürger von Regeln Transparenz, Sinnhaftigkeit und Fairness erwarten, um den Eindruck von „Gängelung“ und „Bevormundung“ zu verhindern. (S.30 – alle Zitate aus (7)

Auch die Ergebnisse dieser Meinungsforschung begegnen der Sorge, dass transformative Zielsetzungen der Ampelkoalition durch einen Bürger:innenrat konterkariert werden könnten – sie legen eher das Gegenteil nahe.

In den Gesprächen mit Politiker:innen der Grünen und SPD spielte die Unterscheidung von konsultativer, deliberativer Bürger:innenbeteiligung und Partizipation von Verbänden immer wieder eine Rolle. Dies wurde auch am Beispiel der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Entwicklung der Ernährungsstrategie erörtert.

Strategien zu designen, also Akteur:innen zu gewinnen, gemeinsam Ziele – Handlungsoptionen – Ressourceneinsatz – Kommunikation zu vereinbaren, kann nicht die Aufgabe eines Bürger:innenrats sein.

7 Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland (2021):
https://www.moreincommon.de/media/leapg0va/more_in_common_studie_klima_zusammenhalt.pdf

Deliberative Verfahren eignen sich im Unterschied dazu eher zur Bearbeitung gesellschaftlicher Konfliktthemen. Und zwar, um auf der Basis von wissenschaftlich fundierter Expertise, frei vom Einfluss von - durch Lobbyarbeit verstärkten - Partialinteressen, mehrheitlich getragene Empfehlungen an die Politik geben zu können.

Verbändepartizipation bei der Entwicklung einer Ernährungsstrategie bleibt dabei ohne Frage sinnvoll. Doch im Bürger:innenrat geht es um mehr! Nämlich darum, öffentlich wahrnehmbar auf die informierte ‚Stimme des Volkes‘ zu hören. Insofern wird der von uns vorgeschlagene Bürger:innenrat ‚wahre Preise‘ mit Sicherheit wertvolle Impulse für die Entwicklung der Ernährungsstrategie liefern. Vorausgesetzt, er findet bald statt.

Ein Bürger:innenrat ist - allein schon von der Komplexität des vorgeschlagenen Themas her - nicht zu verwechseln mit dem vom Umweltbundesamt jüngst in Auftrag gegebenen, einmalig tagenden „Bürgerratschlag“. Im Gespräch mit Projektpartner:innen verstanden wir, dass dieses Beteiligungsformat der Politik die Frage beantworten soll, „was Bürger:innen mittragen“. Im konkreten Fall basierend auf Erkenntnissen aus einem Versuch mit Proband:innen aus der Bevölkerung zur Umstellung von fleischbasierter auf pflanzenbasierte Ernährung.

In einer zweiten Runde suchten wir Kontakt zu den demokratie-politisch Zuständigen der Ampelkoalition. Wir wollten herausfinden, wie das Koalitionsversprechen, Bürgerräte einzuberufen, umgesetzt werden wird. Uns war bewusst, dass es dafür noch keine Regularien gibt, unser Vorschlag also als Pilotprojekt umgesetzt werden müsste. Bei Demokratiepoliciter:innen aller Koalitionsparteien stießen wir auf Interesse. Vereinbarungen innerhalb der Koalition, zur Umsetzung des gemeinsamen Ziels, Bürgerräte im Auftrag des Bundestages zu organisieren, müssen aber erst noch getroffen werden. Welche Einrichtung des Bundestages dafür verantwortlich ist, konnte uns nicht beantwortet werden. Neben dem Innenausschuss, dem Geschäftsordnungsausschuss, dem Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement wurde auch der Ältestenrat als potenziell zuständige Instanz benannt.

Auf Basis der o.g. Resonanz auf unseren Vorschlag entschied die Steuerungsgruppe, dem Netzwerktreffen am 18./19. Februar einen öffentlichen Aufruf für die Einberufung eines Bürgerrats zur Unterstützung vorzuschlagen.

Wir setzen darauf, dass die Koalitionsparteien, insbesondere die Fachpolitiker:innen im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, unterstützt von Demokratie-Politiker:innen-, den Vorschlag aufnehmen und als Treiber für seine Umsetzung agieren.

In einem nächsten Schritt müssen Politiker:innen, die sich mit Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik befassen, für das Projekt Bürgerrat ‚wahre Preise‘ gewonnen werden. Schon aus der Liste der zu behandelnden Themen geht hervor, dass es vielfach um wirtschaftspolitische und auch Fragen der Außenwirtschaft geht. Und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat seinerseits deutlich gemacht, dass sein Ministerium nicht für erforderliche sozialpolitische Maßnahmen in Folge ‚wahrer Preise‘ zuständig ist. Das macht erneut sehr deutlich, dass es hier um eine - bisher so nicht mögliche und dagewesene - wahrhaft ressortübergreifende Zusammenarbeit geht.

Da wir - bei Abschluss der Machbarkeitsanalyse - erst am Anfang der notwendigen Mobilisierung einer Mehrheit des Bundestages für die Einsetzung eines Bürgerrats stehen, richten wir zunächst einen öffentlichen Aufruf (**Anhang**) an die

Fraktionsführungen der demokratischen Parteien im Bundestag. Auch von CDU/CSU und der Partei ‚Die Linken‘ kennen wir eine Vielzahl von Stimmen pro Bürgerräte. (8)

Aus unserer Sicht verdient unser Vorschlag eine fraktionsübergreifende Unterstützung und wir werden uns auch nach dem formalen Abschluss dieser Machbarkeitsanalyse weiter engagiert dafür einsetzen!

V. Aspekte der Durchführung des Bürger:innenrats

Ein vom Bundestag einzusetzender Bürger:innenrat wird von der Bundestagsverwaltung organisiert werden. Im Bericht der Verwaltung des Deutschen Bundestages zum Bürgerrat zu ‚Deutschlands Rolle in der Welt‘ sind Empfehlungen für zukünftige Bürgerräte notiert (9).

Die Bundestagsverwaltung wird eine Ausschreibung zur Identifikation einer/ mehrerer **Agentur/en** (ggf. eines Konsortiums) zur Durchführung des Bürger:innenrats vornehmen.

Insbesondere das nexus Institut hat viel Erfahrungen zur losbasierten Zusammensetzung/Gewinnung von Teilnehmenden gesammelt, die die soziodemographische Struktur Deutschlands möglichst weitgehend widerspiegelt. Die Vorgehensweise und Herausforderungen werden hier eingehend geschildert: Konzept Zufallsstichprobe (<https://nexusinstitut.de/wp-content/uploads/2019/12/Konzept-Zufallsstichprobe-B%C3%BCrgerrat.pdf>).

Die Legitimität der Empfehlungen des Bürger:innenrats speist sich in großem Maße aus seiner Diversität und seiner Zusammensetzung (jung/alt, Frauen/Männer, Bewohner:innen aus kleinen und großen Städten/ländlichen Räumen, vielfältiger Herkünfte, unterschiedlichen Bildungsgrades).

Eine besondere Herausforderung liegt darin, Teilnehmende aus bildungsferneren Schichten und sozial Benachteiligte zu gewinnen. Die Beteiligung ist freiwillig (anders als z.B. beim Schöffenamtsamt). Positive Erfahrungen wurden mit ‚aufsuchenden Verfahren‘ gemacht und dem Angebot von Hilfen (z.B. bei Betreuung Angehöriger oder technischer Einführung, sowie der Bereitstellung von Equipment). (10)

Möglicherweise ist es zielführend, ergänzend zum eigentlichen Bürgerrat den Teilnehmerkreis zu erweitern, indem zusätzliche niedrigschwelligere Instrumente mit herangezogen werden:

Im Zuge unserer Recherche stießen wir auf „Deliberative Polling“, das von der Agentur für Verbraucherforschung und Lebensmittelmarketing entwickelt wird. Ihre Geschäftsführerin Dr. Anke Zühlsdorf beschreibt es so: „**Deliberative Online Polling** - Beim Deliberative Online Polling handelt es sich um eine Methode zur Durchführung von Online-Befragungen, in denen der Grad an Informationen stufenweise erhöht wird.

8 Bundestagsabgeordnete für Bürgerräte <https://www.youtube.com/watch?v=FoQGjqlcnc4>

9 Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt - Bericht der Verwaltung des Deutschen Bundestages:

https://www.bundestag.de/resource/blob/843002/124daf3bdbc588044ea07052d7ec7e72/kw20_buergerrat_bericht_pdf-data.pdf

10 Der Autor bedankt sich bei Nicolas Bach für das Gespräch über die Arbeit von nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung e. V.

Hierdurch sollen die Befragten im Prozess ihre Position weiterentwickeln und die Informationsunterschiede, die zwischen gesellschaftlichen Akteuren häufig bestehen, ausgeglichen werden... Als Befragungsformat für Online-Befragungen, das schnell und kostengünstig realisiert werden kann, ist die Einbeziehung einer deutlich größeren Anzahl von Bürger:innen als in Präsenz möglich. Als Umfragetool trägt es dazu bei, die gesellschaftliche Tragfähigkeit von Argumenten auf breiter Basis zu evaluieren. Es ermöglicht zu erkennen, ob und durch welche Informationen die Akzeptanz ernährungspolitischer Maßnahmen gestärkt wird bzw. an welchen Punkten Zielkonflikte und Ablehnung auftreten. Durch die Analyse können Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Informationen über ein Thema gesellschaftlich zur Verfügung gestellt werden sollten, um eine möglichst zielführende Auseinandersetzung zu ermöglichen.“ (Mail an den Autor der Machbarkeitsanalyse vom 31.1.2022).

Möglicherweise gelingt es, mit „Deliberative Online Polling“ im Vorfeld der Beratung auch Teilnehmende zu Input für den Bürger:innenrat zu gewinnen, die sich an der Deliberation selbst nicht beteiligen wollen?

Eine weitere sinnvolle Nutzung digitaler Kommunikation während eines Bürger:innenrats lernten wir durch eine Einladung zu einem von der EU durchgeführten ‚European Citizens‘ Panel of the Conference on the Future of Europe‘ im Februar diesen Jahres kennen. Hier wurden Expert:innen eingeladen, als Faktenchecker:innen für die schriftlich zu beantwortenden Fragen der teilnehmenden Bürger:innen in bestimmten Zeiträumen während der Beratungen zur Verfügung zu stehen. Dadurch wird Expertise bereitgestellt, die von den Teilnehmenden im Laufe der Deliberation zu spezifischen Fragestellungen angefordert wird – und nicht durch den (nochmaligen) Abruf von vorherigem (digital gespeicherten) Expert:inneninput verfügbar wäre.

Dem oben zitierten Bericht der Bundestagsverwaltung zufolge vereint die hybride Durchführung (digital/Präsenz) von Bürger:innenräten (siehe S. 8 des Berichts) Vorteile von online (für Teilnehmende leichter in ihren Alltag zu integrieren, Abrufbarkeit von Expert:inneninput seitens der Teilnehmenden zu der von ihnen präferierten Tageszeit, Vermeidung von Reisezeiten – auch für Expert:innen, weniger Logistikaufwand und -kosten) mit Vorteilen von Präsenz, besonders bei der Abschlussveranstaltung (persönliches Treffen der Teilnehmenden, gründliche Deliberation und Entscheidung über die abzugebenden Empfehlungen, Gemeinschaftsgefühl, Wertschätzung, Medienereignis).

Diese Einschätzung bestärkten auch Vertreter:innen von ifok (Bensheim/Berlin) – einer der Durchführungsorganisationen bei den bisherigen bundesweiten Bürgerräten (11). Die Hürden zur Teilnahme würden durch die digitale Durchführung deutlich gesenkt.

Bei den von unserer Seite vorgeschlagenen 10 Themenkreisen könnte ein Bürger:innenrat in ca. 3 Monaten, mit wöchentlichen 3-stündigen Abendsitzungen und einem Abschlusswochenende seine Aufgabe bewältigen. Unsere Idee, den Teilnehmenden in z.B. 4 regionalen Exkursionen Einblicke in die Entwicklung von Alternativen zum vorherrschenden Betrieb landwirtschaftlicher Produktion, der Verarbeitung und Distribution zu ermöglichen, ließe sich integrieren. Solche Learning Journeys könnten zusätzlichen Input geben für die abschließende Entscheidung über die Politikempfehlungen des Bürger:innenrats.

11 Danke an Dr. Jacob Birkenhäger (ifok GmbH) und Julia Wirth für das Gespräch mit dem Autor | siehe: Warum Bürgerräte funktionieren: <https://www.ifok.de/blog/warum-buergerrat-funktioniert/>

VI. Öffentlichkeitsarbeit zu einem Bürger:innenrat Ernährungswandel

Bürger:innenräte genießen nicht per se große mediale Aufmerksamkeit. Es gibt keine öffentlichen Redeschlachten, über die zu berichten wäre, geschweige denn von ‚Gewinner:innen‘ und ‚Verlierer:innen‘. Deliberation ist ein geordneter Prozess, bei dem sich alle Beteiligten auf die Argumente der anderen einlassen und abwägen, um am Ende Übereinstimmungen zu suchen. Dies angemessen medial abzubilden, ist herausfordernd und ungewohnt.

Der zivilgesellschaftlich basierte Bürgerrat zur Klimapolitik im Jahr 2021 erwirkte trotz proaktivem Presseteam nur eine überschaubare Medienresonanz (12). Die Wahrnehmung des vom Ältestenrat des Bundestages eingesetzten Bürgerrats ‚Deutschlands Rolle in der Welt‘ war stärker (13). Aber auch hier ist die Reichweite begrenzt, was möglicherweise auch an der enormen Breite des Themas lag – ohne eine zuspitzende Fragestellung.

Die Öffentlichkeitsarbeit zu Einsetzung, Ablauf und Ergebnis des von uns vorgeschlagenen Bürger:innenrats wird vom Ausrichter, dem Bundestag, entwickelt werden.

Aber die Bewegung der Ernährungsräte kann dieses Demokratieereignis ihrerseits mit koordinierter Öffentlichkeitsarbeit auf Netzwerkebene, wie auch lokal begleiten. Gerade auf der lokalen Ebene liegen Chancen für eine größere Reichweite: Portraits und Berichte von ortsansässigen Teilnehmenden des Bürger:innenrats und über lokale/regionale Pilotprojekte des Ernährungssystemwandels, für die aufgrund des neuen „kulinarischen“ Gesellschaftsvertrags verbesserte Existenzbedingungen geschaffen werden sollen. Lokalpresse und Radio/TV bis zu Hauswurfzeitungen werden an der Publikation von Beiträgen interessiert sein. Eine solche zivilgesellschaftliche Medienkampagne erfordert Kapazitäten und Ressourcen, die dem Netzwerk der Ernährungsräte bisher nicht zur Verfügung stehen.

Aus diesem Grund unternahmen wir eine erste Recherche, ob Stiftungen interessiert sind, sich finanziell oder anderweitig dabei zu engagieren.

Tatsächlich gab es positive Reaktionen. Dies durchgehend unter der Annahme, dass die Durchführung des Bürger:innenrats selbst eine öffentliche Angelegenheit – und entsprechend mit öffentlichen Mitteln zu bestreiten sei. Weitere Recherchen in diese Richtung erscheinen erst dann sinnvoll, wenn das Zustandekommen des Bürger:innenrats geklärt ist.

Eine unseres Erachtens überzeugende Anregung für die Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit erhielten wir von Oliver Lehnen, Geschäftsführer der bereits erwähnten Kreativ Agentur BUTTER, die vielfach Kampagnen-PR im politischen Raum entwickelt. Seine Einschätzung der Lage und Empfehlungen lauten (Mail an Gundula Oertel vom 30.12.2021):

12 siehe Pressemitteilungen rund um den Bürgerrat Klima: <https://buergerrat-klima.de/presse>

13 Siehe Medienberichte zum Bürgerrat "Deutschlands Rolle in der Welt":

<https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/presse/pressespiegel/>

BÜRGERRAT ERNÄHRUNGSWENDE

Deutschland 2022.

Die gesellschaftspolitischen Tophemen:

1. Corona Pandemie
2. Hohe Energiepreise/machbare Klimawende
3. Pflege/Gesundheit
4. Bezahlbarer Wohnraum
5. Digitalisierung der Lebenswelten (inkl. Jobs bzw. Zukunft der Arbeit)

Die fünf zentralen kommunikationsstrategischen Rahmenbedingungen in 2022 für die Ernährungswende – mit Fokus auf eine Mehrheits- bzw. Zustimmungsallokation:

1. Ernährung ist kein gesellschaftliches Topthema bei der Majorität der Menschen und findet deshalb aktuell auch auf der politischen Agenda nur eine geringere Beachtung. Das war vor wenigen Jahren durch die Lebensmittelskandale und die Diskussion um die Lebensmittelampel noch anders (einfacher Check Google Trends...)
2. Damit ergeben sich heute vergleichsweise weniger „Winning Points“ für die politischen Entscheider beim Bürger und in den relevanten Medien. Entsprechend vorsichtig wird hier wahrscheinlich in den nächsten Monaten argumentiert und agiert werden.
3. Die Deutschen befinden seit Jahren in einer Transformations-Dauerschleife. Klimakrise, Digitalisierung der Lebenswelten, massive Veränderungen von Wirtschaft und Arbeit, die Globalisierung des Alltäglichen, sowie die Corona Pandemie fordern die Menschen jeden Tag aufs Neue. Es gibt eine Sehnsucht zum „Zur-Ruhe-Kommen“, die aber momentan völlig ausgeschlossen zu sein scheint.
4. „Der Preis des Lebens“ steigt immer weiter und erreicht für breitere Bevölkerungsschichten die Machbarkeitsgrenze. Wohnung, Energie, Mobilität, Gesundheit und Pflege belasten die Haushaltskassen der Menschen derart, dass es bei vielen kaum noch ein Bewusstsein für die zu billigen Lebensmittel in Deutschland gibt. Das Discount-Gen steckt mittlerweile tief in unserer deutschen DNA.
5. Politischer Aufbruch und sozialer Fortschritt bekommen neues Momentum durch die Ampel Koalition. Nach 16 Jahren Politik „der ruhigen Hand“ wünscht sich eine Mehrheit der Deutschen wieder eine anpackende(re) Politik. Das scheint im Widerspruch zum skizzierten Veränderungsdauerstress zu stehen, lässt sich aber damit erklären, dass es den Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen durch die Politik gibt, um persönlich nicht den Anschluss zu (Digitalisierung, Bildung etc.) verlieren. Die individuelle Machbarkeit steht dabei über allem.

Finden die obigen Punkte Zustimmung, dann ergeben sich daraus Schlussfolgerungen für die Kommunikation „Bürgerrat Ernährungswende“:

- 1) Nutzenkommunikation – statt Lastenkommunikation.
- 2) Step by Step Ansatz – statt Maximal Ansatz.
- 3) Multiplikatoren Kommunikation – statt breitem (ineffizientem) Campaigning.

Diese konzeptionellen Vorstellungen sind für das Briefing der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit für den Bürger:innenrat seitens der Bewegung der Ernährungsräte hilfreich.

Einen weiteren Impuls für die Öffentlichkeitsarbeit bietet das gemeinnützige Forschungsprojekt „More in Common“. Es „hat sich dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verpflichtet. Unsere Vision sind in ihrem Kern gestärkte Gesellschaften, die geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren und Polarisierung entschlossen entgegentreten: Gesellschaften, in denen die Menschen spüren, dass das Verbindende letztlich stärker ist als das Trennende“ (14).

More in Common führt Weiterbildungsveranstaltungen für zivilgesellschaftliche Akteur:innen durch, um ihre Kommunikationsstrategien zu qualifizieren (15).

Ein solcher Workshop wäre hilfreich für die Erarbeitung eines Kommunikationsplans der Ernährungsräte und ihres Netzwerks rund um den vorgeschlagenen Bürger:innenrat.

Als Abschluss dieser Machbarkeitsanalyse hat das Treffen des Netzwerks der Ernährungsräte am 18./19. Februar 2022 einen Aufruf zur Durchführung eines Bürger:innenrats unterstützt.

Dieser Aufruf wurde an die Fraktionen des Bundestages gerichtet und einige Tage später auch durch eine Pressemitteilung veröffentlicht.

VII. Wissenschaftliche Projektbegleitung zur Evaluierung

Für den vom Ältestenrat des Bundestages initiierten Bürgerrat ‚Deutschlands Rolle in der Welt‘ wurden das Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) der Bergischen Universität Wuppertal und das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam beauftragt, eine wissenschaftliche Evaluation vorzunehmen (16).

Finanziert wurde die Studie von der Volkswagen-Stiftung, also unabhängig vom Auftraggeber für den Bürgerrat.

Der Evaluationsbericht weist viele Übereinstimmungen mit den Beobachtungen und Empfehlungen des Berichts der Verwaltung des Deutschen Bundestages (s.o.) auf.

Aus unserer Perspektive ist es wünschenswert, die vorgenannten Institute auch mit einer wissenschaftlichen Evaluation des von uns vorgeschlagenen Bürger:innenrats zu beauftragen. Da es sich immer noch um Pilotprojekte handelt, ist der Vergleich mit dem Ablauf der vorangegangenen Bürgerräte sehr aufschlussreich – und wird den Evaluator:innen des vom Ältestenrat eingeladenen Bürgerrats leichter möglich sein.

14 Siehe More in Common Ansatz: <https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/unsere-ansatz/>

15 Veranstaltungen zu gesellschaftlichem Zusammenhalt: <https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/veranstaltungen/>

16 Evaluation des BÜRGERRATS DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT: <https://deutschlands-rolle.buergerrat.de/fileadmin/downloads/evaluationsbericht-buergerrat-deutschlands-rolle.pdf>

VIII. Exkurs Schweizer und Wiener Beispiel

In der Schweiz hat eine zivilgesellschaftliche Initiative (Landwirtschaft mit Zukunft, Biovision, Sustainable Development Solutions Network der Schweiz und ETH Zürich) die Vorbereitung eines Bürger:innenrats zur Ernährungspolitik in die Hand genommen. Jüngst konnten sie auch die Unterstützung staatlicher Bundesämter gewinnen (17).

Die Schweizer Situation unterscheidet sich von der bundesdeutschen durch das dort eingeübte System direkter Demokratie, die eidgenössischen Volksabstimmungen.

In den letzten fünf Jahren gab es mehrere Volksinitiativen zu Themen nachhaltiger Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme, die jedoch keine Mehrheiten fanden. Die Stimmbeteiligung zu derartigen Fragen wuchs zwar von knapp 40% auf knapp 60%, aber auch eine Fragestellung wie die der Volksinitiative vom 18.01.2018 «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz» scheiterte an 60,7% Nein-Stimmen (18).

Die Schweizer Kolleg:innen kommentieren die Situation auf ihrer Website wie folgt:

„Die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative haben in den letzten Monaten breiten Zuspruch und erbitterte Ablehnung hervorgerufen. Viele Bürger:innen sind verunsichert über die wachsende Konfrontation und die widersprüchlichen Aussagen der verschiedenen Interessensgruppen.

Das Ernährungssystem ist komplex. Es betrifft uns alle und eindimensionale Antworten, auf die bestehenden Herausforderungen, greifen offensichtlich zu kurz. Auch hier besteht Einigkeit. Wie kann es also gelingen von der Konfrontation in den Dialog zu wechseln und neue Wege aufzuzeigen?

Indem die Bürger:innen nicht nur eine simple Ja/Nein-Auswahl bekommen, sondern aktiv in die Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen einbezogen werden.“ (19)

Landwirtschaft mit Zukunft (LMZ) hatte im Frühjahr 2021 neue Wege gesucht und ein ‚Ernährungsparlament‘ mit 60 Akteur:innen des Schweizer Ernährungssystems durchgeführt. Sie fühlten sich dadurch ermutigt, einen Multi-Stakeholder-Prozess für eine Common Food Policy anzustoßen. Sie konnten Bio-Vision (Süd-Perspektive) und das Schweizer Sustainable Development Solutions Network als Partner für ein Initiatorenkonsortium gewinnen und die ETH Zürich zur Durchführung. Mit der jüngst gewonnen öffentlichen Unterstützung steht dem Vernehmen nach ein Budget von 1,5 Mio. € zur Verfügung. Das sei zwar sehr knapp und erfordere sehr viele ehrenamtliche und private Beiträge, aber die Durchführung ist gesichert.

Der Bürger:innenrat soll im Juni eröffnet werden, in sechs Monaten acht Online-Meetings und zwei Arbeitswochenenden und nach Learning Journeys zu Leuchtturmprojekten der Agrarwende einen Abschlussworkshop beinhalten.

Die Leitfrage lautet: "Wie soll eine Ernährungspolitik für die Schweiz aussehen, die bis 2030 allen Menschen gesunde, nachhaltige, tierfreundliche und fair produzierte Lebensmittel zur Verfügung stellt?"

17 Von der Konfrontation zum Dialog: Der Bürger:innenrat für Ernährungspolitik
<https://www.landwirtschaftmitzukunft.ch/buergerinnenrat>

18 Chronologie der abgelehnten Vorlagen:
https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/vab_2_2_4_3.html

19 Von der Konfrontation zum Dialog: Der Bürger:innenrat für Ernährungspolitik
<https://www.landwirtschaftmitzukunft.ch/buergerinnenrat>

Die Unterthemen wollen die Kolleg:innen anhand der Kategorien für das Monitoring eines nachhaltigen und resilienten Ernährungssystems erarbeiten (20).

In **Österreich** hat ein ermutigendes Beispiel für einen öffentlich eingesetzten Bürgerrat Klima bereits begonnen. Auf der Website (21) wird über seine Vorgeschichte berichtet: „Geburtsstunde des Klimarats war das Klimavolksbegehren im Juni 2020, das von fast 400.000 Menschen unterstützt wurde. Eine der Kernforderungen: die österreichische Bevölkerung aktiv bei Klimaschutzmaßnahmen mitbestimmen zu lassen. Im März 2021 hat der Nationalrat die Bundesregierung ersucht, die Forderungen des Klimavolksbegehrens umzusetzen – und der Klimarat war geboren.“

Es gibt viele Gründe, die für einen starken Klimarat der Bürger:innen sprechen. Denn um die vorgegebenen Ziele einzuhalten, braucht es dringend umfassende Maßnahmen, die von allen mitgetragen werden. Zentral dabei ist die aktive Beteiligung der Bevölkerung.“

Der Bürger:innenrat hat seine Arbeit mit 100 Teilnehmenden Ende Januar aufgenommen. Die Ergebnisse sollen schon im Juni 2022 nach fünf weiteren Arbeitswochenenden in Präsenz und Konsententscheidungen der Bundesregierung übergeben werden. Das zur Verfügung stehende Budget von über 3,5 Mio. € ermöglicht auch eine intensive Medienarbeit. Der Bürger:innenrat sei gegenwärtig in ganz Österreich medial präsent.

Diese beispielhaften Erfahrungen sollten unbedingt bei der Planung des von uns vorgeschlagenen Bürger:innenrats ausgewertet werden. Uns erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt die Durchführung als Präsenzveranstaltung, das soziokratische Entscheidungsverfahren (nicht mehrheitlich oder im einfachen Konsens, sondern ausdrücklich im sogenannten **Konsent** wird auf die Minimierung von Widerständen gegen eine Entscheidung gezielt) und die Medienarbeit besonders bemerkenswert.

IX. Ausblick

Unser Vorschlag ist von zwei Grundmotivationen geprägt: erstens der Überzeugung, dass das Landwirtschafts- und Ernährungssystem dringend einer sozial und ökologisch nachhaltigen Transformation bedarf und zweitens der Sorge um den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die notwendigen Transformationsschritte müssen unseres Erachtens mit einer Vertiefung der Demokratie verbunden werden, andernfalls werden sie blockiert werden.

Wir gehen davon aus, dass die komplexen Problemstellungen des Landwirtschafts- und Ernährungssystems nicht in einem Schlag zu lösen sein werden, dass es dafür voraussichtlich weiterer Bürger:innenräte zu weiteren Schlüsselfragen bedarf.

Die OECD bricht in ihrer Studie von 2020 „Open Government“ eine Lanze für wiederkehrende Veranstaltungen deliberativer Demokratie und ihrer Integration in die parlamentarische Demokratie (22).

20 Viewpoint: Rigorous monitoring is necessary to guide food system transformation in the countdown to the 2030 global goals:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0306919221001433?via%3Dihub>

21 Gemeinsam fürs Klima: <https://klimarat.org>

22 OECD Open Government Unit 2020, Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions, Catching the Deliberative Wave

Die Frankfurter Demokratieforscherin Brigitte Geißel hatte den ersten bundesweiten Bürgerrat in Deutschland - zum Thema Demokratie - evaluiert und plädiert für die Verbindung von deliberativer mit direkter Demokratie. Auf Bundesebene gibt es bisher - im Unterschied zur Landesebene - keine Volksabstimmungen (23). Vielleicht wird durch Beispiele auf Landesebene der Weg geebnet? Das oben zitierte irische Beispiel - Bürgerräte, gefolgt von erfolgreichen Verfassungsreferenden - macht jedenfalls Mut.

Interessant erscheinen uns auch Erfahrungen des weltweit ersten losbasierten „Bürgerdialogs“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft Ostbelgiens. Er ist als permanentes Konsultativorgan des Parlaments für die Entwicklung von Gesetzesvorhaben und das Monitoring ihrer Umsetzung seit 2019 gesetzlich verankert (24).

In seiner Studie „Demokratie in der Krise“ denkt Prof. Nida-Rümelin ‚Demokratie‘ und ‚Gemeinwohl‘ zusammen. Es geht nicht allein um die Prozessqualität, sondern was am Ende zur Sicherung des Gemeinwohls dabei herauskommt. Er fordert von Politik, dass sie nicht auf ein ‚bargaining game‘ (Aushandlung von Interessenlagen) reduziert wird. Wo das passiert, verlieren Bürger:innen Vertrauen in die Demokratie und würden anfällig für populistische Verführungen. „Wenn Demokratie unter der Voraussetzung von Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger darin besteht, dass sich alle in der politischen Ordnung wiederfinden können, lässt sich Demokratie ohne Gemeinwohlorientierung nicht realisieren... Es ist der öffentliche Vernunftgebrauch, der Demokratie konstituiert. Politische Parteien und ihre Repräsentanten in den Parlamenten, den Regierungen und der Öffentlichkeit sind daher nicht Agenten partikularer Interessen, sondern Personen, die geleitet von Gründen, die sie öffentlich machen, politische Projekte vorschlagen und umsetzen. Diese Projekte verstehen sich als sinnvoller Beitrag zur Förderung des Gemeinwohls“ (25).

Demokratie und die sozial und ökologisch nachhaltige Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems gehören in unseren Augen zusammen. Transformation wird dort möglich, wo sich Menschen zuerst mit einem „weiter wie bisher“ nicht einverstanden erklären und anschließend die Veränderung persönlich zur eigenen Sache machen und selbst mit in die Hand nehmen wollen. Was die bisher vorherrschende Landwirtschafts- und Ernährungspolitik angeht, haben viele diesen ersten Schritt längst vollzogen. Den zweiten auf demokratischem Wege zur gemeinwohlorientierten Wirkung zu bringen, dafür böte die Teilnahme an Bürger:innenräte ausgezeichnete Chancen. Vorausgesetzt allerdings, sie bleiben nicht „folgenloses Partizipationstheater“, wie Michael Bauchmüller am 20. Februar in der Süddeutschen Zeitung mahnte (26).

23 Warum wir Bürgerräte brauchen: die Demokratieforscherin Brigitte Geißel im Gespräch: <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/gesellschaft/warum-wir-buergerraete-brauchen-die-demokratieforscherin-brigitte-geissel-im-gespraech/>

24 Bürgerdialog in Ostbelgien: www.buergerdialog.be

25 Julian Nida-Rümelin: DEMOKRATIE IN DER KRISE, Ein Weckruf zur Erneuerung im Angesicht der Pandemie: https://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/handlungsfeld_lebendige-buergergesellschaft/pdf/2021/Demokratie_in_der_Krise.pdf s.S.57

26 Bürgerrepublik Deutschland, 20.02.2022, Süddeutsche Zeitung: <https://www.sueddeutsche.de/meinung/klimaschutz-buergerraete-beteiligung-1.5532946>

In diesem Sinn bietet die Steuerungsgruppe des Netzwerks der Ernährungsräte für das Projekt ‚Machbarkeitsanalyse‘ ihre Mitwirkung für die Vorbereitung und Durchführung eines Bürger:innenrats ‚wahre Preise‘ an. Als Initiator:innen dieses Projektes werden wir sehr gerne in einem Lenkungskreis o.ä. für dieses hochspannende Demokratieexperiment mitarbeiten.

X. Anhang

Anhang 1: Aufruf! Werden Sie » ernährungsdemokratisch « aktiv!

Anhang 2: Präsentation „Machbarkeitsanalyse Bürger*innenrat Ernährungswende - Extrakt“

AUFRUF

Sie - die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen im 20. Deutschen Bundestag - laden wir hiermit ein:

Werden Sie » ernährungsdemokratisch « aktiv!

Setzen Sie einen starken Hebel an für den nachhaltigen Wandel unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems und stärken Sie zugleich das Vertrauen in die Demokratie.

Wie das? Mit Ihrer Beauftragung eines bundesweit ausgelosten Bürgerrats, der die aktuelle Debatte über „wahre“ Preise deliberativ¹ demokratisch fortsetzt!

Das Heft des Handelns...

Der Handlungsdruck ist groß. Zweifel daran lassen weder das Karlsruher „Klimaschutzurteil“ noch die in vielen Bereichen kritische Verletzung planetarer Belastungsgrenzen. Wir dürfen nicht dulden, dass unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem daran weiter so stark beteiligt bleibt wie bisher!

Zum Handeln zwingt auch die soziale Spaltung der Bevölkerung. Denn sie ist eine der Hauptursachen für beklagenswerte Vertrauensverluste: Nach einer repräsentativen Umfrage vom Oktober 2021² vertrauen nur noch 50 Prozent der Bundesbürger:innen auf die Demokratie!

...liegt in Ihrer Hand!

Hoffnung gibt der im Koalitionsvertrag erklärte Wille, die nachhaltige Transformation von Landwirtschafts- und Ernährungssystem ab sofort ressortübergreifend voranzutreiben. Ebenso wie der dort festgehaltene Plan, Bürgerräte einzusetzen und sich mit ihren Empfehlungen eingehend zu befassen. Dazu passt, dass 71 Prozent der Bürger:innen nach der oben erwähnten Umfrage auch während der Wahlperiode effektiv an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt sein wollen. Das ist definitiv das Gegenteil von allgemeiner Demokratiemüdigkeit!

Unser Vorschlag ist ein bundesweit geloster Bürger:innenrat:

Bitte beauftragen Sie in diesem Jahr einen bundesweit gelosten Bürger:innenrat mit der Bearbeitung dieser Leitfrage:

„Was ist uns unser Essen wert? - Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur.“

Diese Frage ist polarisierend. Das ist gewollt. Die um die Jahreswende vom neuen Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir angestoßene Debatte über Lebensmittelpreise machte erneut deutlich: Essen ist politisch. Erst recht der Preis unseres Essens! Und oft genug geht es dabei um widerstreitende Interessen und Zielkonflikte.

Von einem Bürger:innenrat erwarten wir Antworten, die zu dem dringend notwendigen neuen „kulinarischen“ Gesellschaftsvertrag beitragen und durch die praktizierte „Ernährungsdemokratie“

¹ Deliberative Demokratie gibt der öffentlichen Beratung, der Teilhabe der Bevölkerung am Diskurs über alle politischen Themen und damit der politischen Willensbildung der Bürger:innen großes Gewicht.

² www.koerber-stiftung.de/vertrauen-in-demokratische-institutionen-schwindet-2509

dem Bundestag den Weg für weitreichende Beschlüsse ressortübergreifender Agrar- und Ernährungspolitik ebnen helfen könnten!

Jahrzehntelang war die Agrarpolitik einseitig auf Produktivitätssteigerung, den Wettbewerb auf globalen Märkten und billige Lebensmittel gerichtet, nicht auf im Wortsinn „preiswerte“ Lebensmittel. Die sozialen Folgen – Höfesterben, Ausbeutung von Saisonarbeiter:innen, ungerecht verteilter Zugang zu nachhaltig produziertem Essen, Diskriminierung marginalisierter Gruppen – nimmt man bis heute in Kauf. Ebenso die Externalisierung der Kosten globaler Umweltzerstörung, das dramatische Artensterben und nicht zuletzt die Missachtung von Tierschutzgesetzen.

Unsere Wahl der Fragestellung war ein intensiver Abwägungsprozess möglicher thematischer Ausrichtungen. Wie setzt man wirksame Hebel an bei großen Zielen wie Natur- und Umweltgerechtigkeit, „Enkeltauglichkeit“ oder sozialer Gerechtigkeit? Die Preisfrage wurde dafür schließlich im Diskurs mit einer Reihe von Expert:innen als zentral eingeschätzt. Gemeinsam trauen wir ihrer differenzierten Beantwortung erhebliche transformatorische Hebelwirkung zu, die uns zudem vor hohen Folgekosten bewahren wird. Denn nichts sei teurer, als so weiterzumachen wie bisher, mahnt der Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL).

Wir sind sicher, dass die akuten Krisen von Klima und Artenvielfalt, von falscher und Mangelernährung nicht durch die irreführende Gegenüberstellung von freiem Markt und zentraler Preissetzung bewältigt werden können. Nachhaltigkeitspolitik wird entweder sozial gerecht gestaltet oder, sie wird sich nicht durchsetzen. Damit geht übrigens das Erfordernis einher, Sozialpolitiker:innen von vorneherein in die Planung, auch dieses Bürger:innenrats, einzubeziehen. Die Notwendigkeit ressortübergreifender Zusammenarbeit liegt auf der Hand (z.B. Themen wie Bürger:innengeld, bezahlbares Wohnen, Ernährungsbildung in Kitas und Schulen).

Was genau ist ein Bürgerrat und was ist sein „Mehrwert“ für die Demokratie?

Bürger:innenräte gehen auf die losbasierte Auswahl der Teilnehmenden zurück. Ein „Mini-Deutschland“ kommt zur Deliberation zusammen, d.h. für den Austausch von Argumenten unter Gleichberechtigten.

Das ist das Spannende und zugleich Basisdemokratische dieses Instruments: Zufällig aus einem Bevölkerungsquerschnitt ausgewählte Bürger:innen sind ohne weitere Voraussetzungen eingeladen, ihre Alltagsauffassung wie hier zu Lebensmittelpreisen als eminent politisch verstehen zu lernen, im machtfreien Diskurs mit Andersdenkenden zu messen und gemeinsam zu politisch relevanten Schlüssen zum Thema zu kommen. Und dies ohne den Einfluss von Lobbyist:innen und frei von parteipolitischen Vorgaben.

Ein Erfolgskonzept, das allerdings nicht ohne die kundige Vorbereitung seitens der Auftraggeber:innen auskommt. Was die Zusammenarbeit mit entsprechend erfahrenen Moderations- und Prozessbegleitungsprofis voraussetzt, ebenso wie Inputs von solchen Expert:innen der jeweils fragten Fachgebiete, die nachweislich auch Laien ihren teils komplexen Stoff verständlich vermitteln können. Derart sorgfältig kuratierte fachliche Inputs und das moderierte Gespräch darüber ermöglichen neue Ein- und Ansichten der Beteiligten und am Ende konkrete konsensuale oder Mehrheitsempfehlungen an die Politik.

Wie ausgesprochen überzeugend die Wirkung deliberativer Verfahren sein kann, zeigen Bürgerräte wie die in Irland. Sie konnten Referenden zur gleichgeschlechtlichen Ehe und zum Abtreibungsrecht zu einem positiven Abstimmungsergebnis führen. Auch Beteiligte an Bürgerräten in Deutschland berichten, ihr Gefühl für ihre gesellschaftliche Verantwortung sei durch die Mitwirkung geweckt worden und habe sie sogar zu dauerhaftem politischen Engagement motiviert.

Bürger:innenräte wirken direkt in die Wohnzimmer und Küchen!

Unser Vorschlag zielt also einerseits auf das gestärkte Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie ab, auf die Stärkung von demokratischen Institutionen und auf die des Systems Demokratie. Andererseits darauf, dass in der Gesellschaft ein informiertes Verständnis der wahren Preise für sozial und ökologisch nachhaltig produzierte Lebensmittel wächst und Zutrauen entsteht, dass der Zugang zu diesen sozial gerecht ermöglicht wird. Damit wird zugleich einem Wandel zu nachhaltiger Ernährung der Boden bereitet.

Entscheidend für den Erfolg ist aber schließlich die Befassung des Bundestages mit den Empfehlungen des Bürger:innenrats. Erst die Umsetzung wird das gegebenenfalls neu gefasste Vertrauen der Teilnehmer:innen in Politik und Demokratie auch langfristig rechtfertigen können!

Sie...

als gewählte Volksvertreter:innen - in Regierung, Fraktionen und Fachausschüssen - können jetzt die Avantgarde sein, die das Mittel der Deliberation als Demokratieverstärker wiederentdeckt und nutzt. Eine gute Gelegenheit, zugleich Vorreiter zu werden für den von der Bevölkerung mehrheitlich gewünschten, nachhaltig geprägten und global gerechten Wandel der Agrar- und Ernährungspolitik!

Wir...

sind Vertreter:innen des Netzwerks der Ernährungsräte im deutschsprachigen Raum. Darin wirken fast 80 zivilgesellschaftliche, lokal ernährungspolitisch arbeitende Initiativen aus der D-A-CH-Region zusammen. Vor etwa drei Jahren begann eine Arbeitsgruppe aus mehreren Ernährungsräten, sich mit einem jüngst wiederbelebten Instrument der Demokratie zu befassen, nämlich mit Bürger:innenräten! Anhand von Beispielen (u.a. aus Irland, Frankreich und dem ersten bundesweiten „Bürgerrat Demokratie“ 2019) lernten wir, dass sie besonders geeignet sind, polarisierende Fragestellungen des Alltagslebens zu erörtern und daraus sachdienliche Politikempfehlungen für die Parlamente zu erarbeiten.

Sie mit uns, wir für Sie:

Bitte sprechen Sie mit uns über unseren Vorschlag! Wir stehen Ihnen gern für weitere Auskünfte und zum Gespräch zur Verfügung. Kontaktieren Sie uns über:

auf Ruf-buergerinnenrat@ernaehrungsraete.org

Zu Ihrer Unterstützung halten wir die Ergebnisse unserer Machbarkeitsanalyse³ zur Durchführung des vorgeschlagenen Bürger:innenrats bereit, ebenso wie eine kommentierte Liste zu ‚preis‘relevanten Themen und Expertisen zur o.g. Kernfrage.

Für das Netzwerk der Ernährungsräte:

Gundula Oertel, Henrike Rieken (beide Berlin), Susanne von Münchhausen (Frankfurt), Andreas Dilger (Freiburg), Valentin Thurn (Köln), Joerg Weber (Frankfurt), Clara Dorn (Köln), Mick Petersmann (Hamburg)

19. Februar 2022

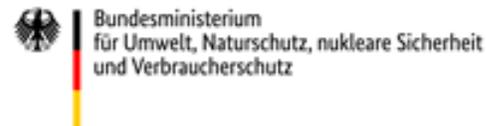
³ Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Laufzeit: 10/21 – 02/22



*Machbarkeitsanalyse Bürger*innenrat Ernährungswende*

Extrakt

gefördert durch:



**Umwelt
Bundesamt**

Was erwartet Euch/ Sie?

- Überlegungen zu Bügerräten und zum Zustand der Demokratie
- Das Versprechen der Ampelkoalition zu Bügerräten
- Was unseren Vorschlag zu einem Bürger:innenrat "wahre Preise" ausmacht
- Wie unsere bisherigen Gespräche mit ‚der Politik‘ verliefen
- Was wir gemeinsam tun können für einen BürgerInnenrat

25 min Präsentation (Zwischenfragen gerne im Chat) – 25 min Q & A

Merkmale eines Bürger:innenrats

Jede:r kann teilnehmen, losbasierte Auswahl (Melderegister), Teilnehmer:innen bewerben sich, Zufallsauswahl auf Basis von sozio-demographischen Daten (Alter, m/w/d , Bildung, Herkunft, Stadt – Land, Einkommen...)

„Mini-Deutschland“

Sorgfältig kuratierter Input von Expert:innen, wissenschaftlich fundiert + Erfahrungswissen, ausgesucht unter Beteiligung der Auftraggeber:innen.

Professionell moderiertes Gespräch, Austausch von Argumenten unter Gleichberechtigten, keine Lobby, keine Parteivorgaben

informierte, kollektive Meinungsbildung

Ergebnis: Konsensuale oder mehrheitliche Handlungsempfehlungen an politische Entscheidungsträger:innen

deliberative Demokratie

Weitere Info: [Mittendrin mit Bürgerräten: Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt \(buergerrat.de\)](https://www.buergerrat.de)

Trend zu Bürgerräten – warum?

Nur 50% der Bundesbürger:innen haben Vertrauen in die Demokratie.

Noch 32% zeigen Vertrauen in Bundestag und Bundesregierung.

Vertrauen in repräsentative Demokratie schwindet

Aber 71% befürworten die Einbeziehung von Bürger:innen in politische Entscheidungsfindung und 67% äußern Zustimmung zu Wissenschaft als Ratgeber:in. (repräsentative Umfrage 10/21, Koerberstiftung)

Es wird mit ständigen Bürgerräten experimentiert (Belgien). Die OECD empfiehlt wiederholte Einrichtung. In Irland sind Bürgerräte das Bindeglied zwischen Parlament und Volksabstimmungen.

Demokratie muss das Gemeinwohl befördern. Nur als ‚Prozess des Interessensabgleichs‘ verstanden, läuft sie leer.

Versprechen der Ampelkoalition

„Demokratie lebt von Vertrauen in alle staatlichen Institutionen und Verfassungsorgane. Wir werden daher das Parlament als Ort der Debatte und der Gesetzgebung stärken. Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir **neue Formen des Bürgerdialogs, wie etwa Bürgerräte nutzen**, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben.“ Sondierungspapier der Ampelkoalitionäre (15.10. 2021)

„Wir werden Bürgerräte zu konkreten Fragestellungen durch den Bundestag einsetzen und organisieren. Dabei werden wir auf gleichberechtigte Teilhabe achten.

Eine **Befassung des Bundestages mit den Ergebnissen wird sichergestellt.**“ Koalitionsvertrag (29.11. 2021)

Bürger:innenrat zum Thema "wahre Preise"

Projektgruppe mit Mitwirkenden aus 10 Ernährungsräten identifizierte in zwei Workshops auf Basis von Studien zum globalen Landwirtschafts- und Ernährungssystem

"wahre Preise" als einen transformativen Hebel für den Weg in eine klimagerechte und Artenvielfalt fördernde, sozial faire Ernährungswende.

Mit Kommunikationsexpert:innen wurde an der Leitfrage für den Bürger:innenrat gefeilt:

**"Was ist uns unser Essen wert? –
Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur."**

Im Bürger:innenrat wird das eminent Politische an Lebensmittelpreisen aufgedeckt werden. Es geht um gesellschaftliche Rahmenbedingungen für Marktakteur:innen und um Marktmacht in der Wertschöpfungskette – und wie ihr zu begegnen ist. Es soll nachvollziehbar werden, warum ein „weiter so“ teurer ist, als die Wende und dass es dafür einen effektiven Sozialausgleich braucht.

Unser Bild: wie könnte der Bürger:innenrat ablaufen?

Einberufung durch den Bundestag im Herbst 2022 – nach Ausschreibung - finanziert aus dem Budget des Bundestages

Etwa **160 Teilnehmende** - ca. 20 - 30 Expert:innen - 80 Mitarbeitende

Über 8 - 10 Wochen (vorzugsweise online) Input und Austausch über eines der mit der Kernfrage zusammenhängenden Themen, von „Internalisierung bisher gesellschaftlich getragener, ökologischer und sozialer Kosten“ über „Faire Wettbewerbsbedingungen“, „Ordnungs- und Kartellrecht gegen Missbrauch von Marktmacht“ bis zu „Förderung von lokalen, gemeinschaftlich getragenen Akteur:innen“

Abschluss-Workshop in Präsenz (?) an einem Wochenende zur Verabschiedung von Empfehlungen an den Bundestag

Aktive, begleitende Öffentlichkeitsarbeit – auch seitens des Netzwerks der Ernährungsräte – bis hin zum Monitoring der Befassung durch den Bundestag.

Stand der Gespräche mit Politiker:innen – unsere Schritte

Wir sprachen zunächst **Führungspersonen aus den Ministerien** für Landwirtschaft und Ernährung, Umwelt – und Verbraucherschutz sowie Wirtschaft und Klima an mit der Bitte um Rat, wie unser Vorschlag zur Entscheidung gebracht werden könnte.

Im Januar wurde auch der **Bundestagsausschuss für "Ernährung und Landwirtschaft"** besetzt, so dass wir die zuständigen Fachpolitiker:innen ansprechen konnten.

Hauptthemen:

- * Wird ein Bürgerrat die von der Ampelkoalition intendierte Agrar- und Ernährungswende voranbringen – oder ihr im Wege stehen?
- * Wie funktioniert ein Bürgerrat überhaupt? Welche Rolle hat das Parlament dabei?
- * Kann die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entwicklung einer bundesweiten Ernährungsstrategie befruchtet werden?

Im Februar konnten wir dann auch Kontakt zu den zuständigen **Demokratie-Politikern** der Ampelkoalition aufnehmen.

Die Gespräche sind im Gang. Bisher **noch kein** Kontakt zu **Sozialpolitiker:innen**.

Stand der Gespräche mit Politiker:innen – die Reaktionen sind ermutigend

Von Führungspersonen aus den angesprochenen Ministerien erhielten wir Zuspruch und Ratschlag. **Steffi Lemke**: „Der von Ihnen skizzierte Bürger:innenrat ist spannend und gut, weil ein sehr konkretes Thema angesprochen wird.“

Auf dem diesjährigen **Agrarkongress des BMUV**, der unter dem Motto „Umwelt und Landwirtschaft im Aufbruch“ einen Schulterschluss von Umweltministerin Lemke und Landwirtschaftsminister Özdemir zeigte, konnte Gundula Oertel für unser Netzwerk unseren Vorschlag vorstellen. In der Diskussion sprachen sich Renate Künast und auch der Präsident des Umweltbundesamtes, Dirk Messner für unsere Idee aus.

Die **ernährungspolitischen Sprecher:innen von Grünen und SPD** sagten zu, den Vorschlag in ihren jeweiligen Fraktionsklausuren für die Arbeitsvorhaben des Bundestagsausschusses Ernährung und Landwirtschaft aufzunehmen. Der Demokratie-politische Sprecher der **SPD**-Fraktion, MdB Helge Lindh: ihr „sehr überzeugender Vorschlag“ steht im Wettbewerb mit anderen.

Die **FDP** hat bislang keine inhaltliche Stellungnahme abgegeben.

Aufruf an die Abgeordneten des Bundestages

„Werden Sie >> ernährungsdemokratisch << aktiv!“

Die Steuerungsgruppe des Projektes Machbarkeitsanalyse Bürger:innenrat hat einen Aufruf an den gesamten Bundestag verfasst. Er ist Euch zugegangen.

Er erläutert, warum es für die **Demokratie** in unserem Lande sinnvoll ist, einen Bürger:innenrat "wahre Preise" einzusetzen und welchen Nutzen der Bundestag für seine Gesetzgebung zur **Agrar- und Ernährungswende** daraus ziehen kann.

Was schaffen wir? Mit wie vielen Bundestagsabgeordneten kommen wir ins Gespräch? Wie viele gewinnen wir?

1



AUFRUF

Sie - die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen im 20. Deutschen Bundestag - laden wir hiermit ein:

Werden Sie » ernährungsdemokratisch « aktiv!

Setzen Sie einen starken Hebel an für den nachhaltigen Wandel unseres Landwirtschafts- und Ernährungssystems und stärken Sie zugleich das Vertrauen in die Demokratie.

Wie das? Mit Ihrer Beauftragung eines bundesweit ausgelosten Bürgerrats, der die aktuelle Debatte über „wahre“ Preise deliberativ¹ demokratisch fortsetzt!

Das Heft des Handelns...

Der Handlungsdruck ist groß. Zweifel daran lassen weder das Karlsruher „Klimaschutzurteil“ noch die in vielen Bereichen kritische Verletzung planetarer Belastungsgrenzen. Wir dürfen nicht dulden, dass unser Landwirtschafts- und Ernährungssystem daran weiter so stark beteiligt bleibt wie bisher!

Zum Handeln zwingt auch die soziale Spaltung der Bevölkerung. Denn sie ist eine der Hauptursachen für beklagenswerte Vertrauensverluste: Nach einer repräsentativen Umfrage vom Oktober 2021² vertrauen nur noch 50 Prozent der Bundesbürger:innen auf die Demokratie!

...liegt in Ihrer Hand!

Hoffnung gibt der im Koalitionsvertrag erklärte Wille, die nachhaltige Transformation von Landwirtschafts- und Ernährungssystem ab sofort ressortübergreifend voranzutreiben. Ebenso wie der dort festgehaltene Plan, Bürgerräte einzusetzen und sich mit ihren Empfehlungen eingehend zu befassen. Dazu passt, dass 71 Prozent der Bürger:innen nach der oben erwähnten Umfrage auch während der Wahlperiode effektiv an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt sein wollen. Das ist definitiv das Gegenteil von allgemeiner Demokratiemüdigkeit!

Unser Vorschlag ist ein bundesweit geloster Bürger:innenrat:

Bitte beauftragen Sie in diesem Jahr einen bundesweit gelosten Bürger:innenrat mit der Bearbeitung dieser Leitfrage:

„Was ist uns unser Essen wert? - Die Preisfrage für Menschen, Tiere und Natur.“

Wie können Ernährungsräte den Aufruf an den Bundestag unterstützen?

1. Gewinnung von Wahlkreis-Abgeordneten

Zu einigen Bundestagsabgeordneten werden schon Kontakte bestehen.

Andere müssen neu geknüpft werden. Dazu eine Anregung: der Verein „Mehr Demokratie“ e.V. hat 117 Bundestagskandidat:innen für die Unterstützung von Bürgerräten gewonnen, wer das ist – aus Eurem Umkreis – findet Ihr hier: [Aktuelles: Bürgerrat Deutschlands Rolle in der Welt \(buergerrat.de\)](https://buergerrat.de)

2. Pressearbeit zum Aufruf an die örtliche Presse

Zeitplan:

etwa 2 Monate Zeit - (dann soll die Vorhabenplanung erstmal abgeschlossen sein)

- 24.2. – Aussendung des Aufrufs an die demokratischen Fraktionen des Bundestages (Sperrfrist bis 25.2)
- 3.3. - Pressemeldung zum Aufruf

Wer hat Kontakte zur Journalist:innen in überregionalen Medien?

Koordinationsadresse: aufruf-buergerinnenrat@ernaehrungsraete.org

Unser Traum:

Der Bürger:innenrat ‚wahre Preise‘ hilft beim Wechsel
von der marktkonformen Demokratie
zum Demokratie-konformen Markt.

Mick Petersmann, 19.2.2022

Vielen Dank für Eure/ Ihre Aufmerksamkeit!

...und jetzt Q & A

Unterscheidungen und Zusammenhänge: Ernährungsrat – Bürgerrat – Ernährungsstrategie

Ernährungsrat – zivilgesellschaftliche pressure-group, eine Initiative von lokalen/
regionalen Akteur:innen für die Transformation des Ernährungssystems – von Ort zu Ort unterschiedlich

Bürger:innenrat – eine Zufallsauswahl von Bürger:innen, die bereit sind, zu einer
konkreten Fragestellung mit Andersdenkenden Empfehlungen an das Parlament zu erarbeiten

Ernährungsstrategie – eine komplexe Zielstellung und dazugehörige Planung, mit wem
(Akteur:innen) in welchen Kooperationsstrukturen, bei Einsatz bestimmter Ressourcen und Nutzung geeigneter
Kommunikationsmittel diese Ziele erreicht werden sollen

Ein **Bürger:innenrat** ist nicht geeignet, eine Ernährungsstrategie zu entwickeln. Seine Empfehlungen könnten aber
Orientierungspunkte werden.

Ernährungsräte beteiligen sich an der Erarbeitung von lokalen Ernährungsstrategien und können diese Expertise auf
Bundesebene einbringen.